

Bezugspreis: Für den Monat Mai 5000 M. vorausschickend. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Ungarn 2800 M., für das übrige Ausland 3000 M. Postbezugspreis freibleibend. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Per „Vormärz“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Reinwelt“ und der Beilage „Gedlung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Morwörts

Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis: Die einpaltige Reklameweile kostet 1200 M., Reklameweile 600 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 375 M. (gütlich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 200 M., Stellenangebote das erste Wort 200 M., jedes weitere Wort 150 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 300 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 48, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 15. Mai 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postcheckkonto: Berlin 875 86 - Bankkonto: Direktion der Diktoria-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

Der Hamburger Putschplan.

Die uns jetzt zugehenden Einzelheiten über die in Hamburg vorgenommenen Verhaftungen werfen ein bezeichnendes Licht auf die Absichten der Deutschösterreichischen und zeigen, wie groß die Gefahr ist, in der unser Land dank den Herren Wulle, v. Graefe, Henning und ihrem Anhang dauernd schwebt.

In der Untersuchung gegen Rohbach und Genossen war auch ein gewisser Hauptmann a. D. Fleck ziemlich stark belastet, ohne daß es anfänglich gelang, ihn zu fassen, da er sich wie alle diese Helden hinter der Reichswehr und seinen „reinen vaterländischen Zielen“ versteckte. Die Hamburger und Altonaer Kriminalpolizei ging aber nach geschickter Vorbereitung mit einer größeren Anzahl von Kräften zu gleicher Zeit an die Arbeit und das zutage geförderte Resultat war überwältigend. Man entdeckte hier eine erstaunliche Menge von Plänen, Karten, einen überaus belastenden Schriftwechsel über eine von langer Hand vorbereitete, sich über Pommern, Mecklenburg und Schleswig-Holstein erstreckende Verschwörung gegen die Republik, der eine große Anzahl von Waffenlagern dienen sollte, an der sich auch dieses Mal offenbar wieder Offiziere der Reichswehr (!), mindestens als Mitwisser und Beschützer, beteiligt zu haben scheinen. Nach den beschlagnahmten Notizen bestehen umfangreiche Waffenlager in den verschiedensten Städten Nordwestdeutschlands, nach denen zum Teil noch gesucht wird, während erhebliche Waffennengen jetzt schon beschlagnahmt sind. Bezeichnenderweise reden sich die Verhafteten damit heraus, daß diese Lager angeblich für die Reichswehr bestimmt seien, während in Wirklichkeit in den geheimen Depots Waffen so zusammengefaßt sind, wie sie zur

Artenlegung der geheimen örtlichen Verbände nötig sind. Hierbei kommen besonders in Betracht der seinerzeit im Rathenau-Prozess erwähnte „Niederösterreichische Bund“ und der „Heimatbund für Norddeutschland“, beides Zweigstellen der alten biedereren Orgesch, die nach wie vor lebt

und gedeiht. Die Leitung der Verbände lag in den Händen des Herrn Sieveting und dessen Adjutanten Mosch. Militärischer Führer war der General a. D. Hellfried und neben ihm Oberleutnant a. D. Hassenstein.

Das Wertwürdigste ist

die Finanzierung dieser mit großem Eifer betriebenen Verschwörung. Nach dem aufgestellten Etat müssen Millionen und aber Millionen, die aus den Kreisen des Hamburger Großkapitals stammen sollen, dauernd dafür ausgeworfen werden. Dieser ganze Krieg im Dunkeln, den eine kleine machihungrige Clique zu führen sucht, die in ihre reaktionäre Ideenwelt verannt ist, wird nur möglich, weil es verbrecherische Kreise gibt, die solche Desperados unterhalten. Es kommt vor allen Dingen darauf an, endlich einmal diese Kreise zu fassen, damit sie sich vor einem öffentlichen Bericht zu verantworten haben. Denn nicht vor der Entenrie verbirgt man die Waffen, nicht gegen einen äußeren Feind sollen sie bereitgehalten werden — nein, es gilt der Republik. Ihr will man den Garau machen. Das in Hamburg und Altona beschlagnahmte Material läßt keinen Zweifel an der Tatsache einer großen, in ihren Zielen weitgesteckten Aktion, die sehr bald in die Hände von Richtern kommen, die republikanisch gesinnt sind. Nicht dürfen, wie in früheren derartigen Prozessen, Leute aus der Polizeihaft entlassen werden, von denen jeder weiß, daß sie die eigentlichen Drahtzieher sind, die aber gerissen genug sind, Untersuchungsbeamte zu täuschen. Die Verhandlungen im Reichstag, bei denen besonders der Volksparateller Dr. Marckly gegen den Minister Seevering loszog und die Böllischen nebst ihren Verbänden in Schutz nahm, bekommen aus diesen Putschplänen einen besondern Nachglanz, der für alle, die sehen wollen, ein helles Licht über unsere innerpolitische Lage wirft.

der Stadtverwaltung übergeben worden. Die Ausdehnung der Drontanz der Interalliierten Rheinlandkommission betreffend den Verkehr mit Kraftfahrzeugen im neubefreiten Gebiet steht durch eine Verordnung Nr. 39 des Generals Degoutte bevor.

Der russisch-englische Konflikt.

Rußland wünscht eine Konferenz.

Moskau, 13. Mai. (D.C.) Die russische Antwortnote auf das englische Ultimatum ist heute dem britischen Vertreter in Moskau, Hodgson, überreicht worden. Die Note enthält den Vorschlag, den Gesamtkomplex der zwischen England und Rußland schwebenden Streitfragen einer englisch-russischen Konferenz zu unterbreiten und ersucht die britische Regierung, im Falle ihres Einverständnisses Zeit und Ort dieser Konferenz zu bezeichnen. Alle Verantwortung bei einer etwaigen Ablehnung des russischen Vorschlages müsse der britischen Regierung auferlegt werden. Die Hinrichtung Danilovs, für die England Genugtuung fordert, sei ein Jahr vor Abschluß des englisch-russischen Abkommens erfolgt; jedoch sei Rußland zu einer Entschädigung bereit, wenn England die Familien der auf britischen Befehl erschossenen russischen Bürger entschädige. In den übrigen Punkten sei die Sowjetregierung schon jetzt zu Zugeständnissen bereit in der Erkenntnis, daß ein Bruch zwischen Rußland und England sehr ernste Folgen haben würde, insbesondere in Anbetracht der außerordentlichen Aktivität der militärischen Kreise in den Nachbarländern Rußlands. Die Sowjetregierung habe bereits Maßnahmen zur Freilassung der englischen Fischdampfer getroffen, verbarre jedoch bei der Auffassung, daß der russische Standpunkt in der Frage der Territorialgewässer der einzig rechtmäßige sei. Die Note behandelt nach weitere Einzelheiten des Streitfalles in einem kompromißfreundlichen Sinne.

Vor seiner Abreise aus Moskau äußerte sich Krassin Pressevertretern gegenüber pessimistisch über die Aussichten seiner Londoner Mission. England werde vermutlich den Handelsvertrag mit Sowjetrußland kündigen, da die Politik Curzons, der ein ausgesprochenen Feind Rußlands sei, die Oberhand gewonnen habe. Die in England befindlichen russischen Geldmittel und Waren seien für den Fall eines Bruches ausreichend gesichert und Rußland würde alsdann seine Handelsoperationen statt in England in anderen Ländern durchführen.

Rußland für den Frieden.

Aus Anlaß des englischen Ultimatum und der Ermordung Borowskis fand am 12. Mai in Moskau eine große Volkskundgebung statt. Die Plakate der Straßenumzüge führten u. a. die Aufschriften: „Krieg dem Kriege“, „Wir wollen Frieden, aber werden gegen eine Intervention kämpfen“. Gleichzeitig tagte im Großen Staatstheater eine Plenarsitzung des Moskauer Sowjets, auf der Tschitscherin erklärte, daß das englische Ultimatum die Kriegsgefahr steigere. Trotzki sagte u. a., Rußland werde keinen Schritt tun, der die Situation verschärfen könnte; es wolle vor allem Frieden, doch nicht um den Preis einer Kapitulation, die Rote Armee werde nötigenfalls ihre Pflicht tun.

Eine Warnung der pfälzischen Arbeiter.

Protest gegen die bayerische Notverordnung.

Die Bezirksleitung der pfälzischen Sozialdemokraten protestiert in einer Entschlieung gegen die Notverordnung der bayerischen Regierung, die infolge ihrer Formulierung den Anschein erwecken müßte, als ob im besetzten Gebiet Bayerns, also in der Pfalz, „Gefahr im Verzuge“ wäre und ein sofortiges Eingreifen der Staatsregierung erheische. Die pfälzische Bevölkerung wird damit, so heißt es in der Entschlieung, in einen Verdacht gebracht, den sie aufzunehmen nicht gewillt ist. Die Sozialdemokratische Partei der Pfalz protestiert gegen diese ganz merkwürdige Sonderbehandlung ihrer Heimat und fragt die Regierung: „Sieht so Treue um Treue aus?“ Die Notverordnung wirkt aber um so merkwürdiger, als ihr § 1, der an das besetzte Gebiet gerichtet ist, in gar keinem inneren Zusammenhang steht zu den übrigen Paragraphen, die die Grundrechte zum großen Teil aufheben, so daß „Gefahr im Verzuge“ in der Pfalz nur den Vorwand bildet, um, ohne auf den Widerstand der nationalsozialistischen und sogenannten vaterländischen Verbände zu stoßen, die übrigen Paragraphen einführen zu können. Die bayerische Staatsregierung scheut sich also nicht, die pfälzische Bevölkerung und insbesondere die pfälzische Arbeiterschaft in ein schiefes Licht zu setzen, wenn sie damit erreicht, daß die „vaterländischen Verbände und die anderen Heidenvereine“ die Notverordnung nicht übernehmen. Die Furcht der bayerischen Staatsregierung vor den nationalsozialistischen Verbänden geht aber so weit, daß sie in ihrer als Auftruf erschienenen Begründung die Notverordnung ganz offen gegen die Arbeiterschaft richtet, die, solange sie gegen die Hitler-Garden ohnmächtig war, keinen Schutz von der bayerischen Staatsregierung erlangen konnte. Richtet sich aber die Notverordnung gegen die Arbeiterschaft im jenseitigen Bayern, so richtet sie sich auch gegen uns, gegen die pfälzische Arbeiterschaft, gegen die pfälzischen Sozialdemokraten. Das ist also die nationale Tat der bayerischen Staatsregierung, die der treudeutschen pfälzischen Arbeiterschaft und der pfälzischen Sozialdemokratie diese Notverordnung beschert. Wir warnen die Regierung, wir warnen in ernsterer Stunde. Schaffe sie mit dieser Verordnung keine Not, vergesse sie nicht, daß die Gerechtigkeit die Grundlage des Staates bilde, und daß die Liebe eines Volkes zu seinem Staate von der Gerechtigkeit des Staates abhängt.

Ruhrchronik.

Münster, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der General Degoutte hat das kommunistische „Ruhrecho“ in Essen vom 13. Mai bis 1. Juni für das neubefreite Gebiet und den Brückenpfeil Düsseldorf verboten. In der Nacht vom 13. Mai wurden auf dem Bahnhof Drennp von bisher nicht ermittelten Tätern mehrere Schüsse durch eine Maschinenpistole abgegeben. Verletzt wurde niemand. Aufgefundenen Patronenhüllen sind französischen Ursprungs. In Essen und Dortmund ist die Verordnung des Generals Degoutte Nr. 38 betreffend den Bahverkehr angehängen bzw.

Wirtschaft und Staat.

Stresemanns Belehrung.

Die Antwort der englischen Regierung auf das deutsche Angebot rückt eine Reihe von politischen Fragestellungen der deutschen Note offenbar mit bewusster Absicht als weniger wichtig in den Hintergrund und bemängelt in erster Linie das Fehlen genauer Garantien für die Durchführung der von Deutschland in Aussicht gestellten Zahlungen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß damit nicht nur international, sondern auch für Deutschland die Frage seines Zahlungsplanes wieder in den Mittelpunkt der politischen Diskussionen gestellt wird. Die internationale Erörterung über die Ruhrbesetzung ist einmal in Fluß gekommen und wird nicht wieder zur Ruhe kommen, wenn Deutschland es versteht, auf die englisch-italienischen Einwände die richtige Antwort zu geben. Vor einigen Tagen bemerkte das volksparteiliche Zentralorgan „Die Zeit“, daß das deutsche Angebot eigentlich nur einem Drängen der Sozialdemokratie zu verdanken sei. Entscheidender kann man das Gebot der Stunde wohl kaum verkennen. In dem gleichen Organ formuliert der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann treffend die Antwort auf diese Bemerkung der „Zeit“, wenn er sagt:

„Wir stehen vor der Frage, was wir höher schätzen, politische Freiheit oder Entgegenkommen hinsichtlich der materiellen Leistungen.“

Stresemann betont, unter Zitierung der Reichstagsrede des Genossen David, daß Deutschland in der Frage der Reparationen jedes, in der Frage territorialer Zugeständnisse und des Verzichts auf den Rhein kein Entgegenkommen zeigen kann. Es könnte seinen Reiz haben, jetzt die Frage aufzuwerfen, ob das deutsche Bürgertum in den vergangenen Jahren erkannt hat, daß es für die Freiheit Deutschlands in richtig verstandenem nationalen Sinne Opfer bringen muß. Heute wird diese Frage zum beherrschenden Problem der gesamten deutschen Politik werden. Denn ohne den wirklichen Entschluß zu fähbaren materiellen Opfern seitens der besitzenden Kreise läßt sich der Kampf für Deutschlands endgültige Befreiung, für die Außerhaltung der Einheit und Unverletztheit der Republik nicht führen. Deswegen gewinnen die Ausführungen Stresemanns über die Notwendigkeit materieller Opfer und sein eindringlicher Appell an die deutsche Wirtschaft, sich in den Dienst des Staatsgedankens zu stellen, ihre besondere Bedeutung. Er begründet die Notwendigkeit einer Garantierung der deutschen Zahlungen durch Besteuerung der Sachwerte, indem er schreibt:

„Ein Volk, dem die Freiheit nicht wirtschaftliche Leistungen wert ist, mag sich vielleicht wieder Wohlstand erwerben, hat aber die stützende Grundlage zu einem Wiederaufstieg vernichtet.“

Man stelle es dabei doch nicht so hin, als wenn die Schaffung einer Garantie der Wirtschaft sozialistischen Gedankenengängen entspräche. Dann wären auch die Staatsmänner des alten Preußen Sozialisten, die die Kriegsschuld auf Frankreich nach dem Tüster Frieden mit der Besteuerung der damaligen Sachwerte auszugleichen sich bemühten. Die heutige Situation erinnert in manchem an die Zeit, die Preußen damals durchgemacht hat. Auch nach dem Frieden von Tilsit gab es Ratgeber, die meinten, man könne auf Schlesien verzichten, wenn man nur in der Kriegsschuld auf französisches Entgegenkommen rechnen könnte. Auch für uns muß die Politik vor der Wirtschaft stehen. Für die Freiheit von Rhein, Ruhr und Saar dürfen wirtschaftliche Opfer, wenn sie überhaupt zu leisten sind, nicht zu hoch sein. Die Grenze ist da, wo das alte wahre Wort eintritt: Ultra posse nemo tenetur. (Niemand ist verpflichtet, über seine Kräfte zu leisten.) Aber bis zu dieser Möglichkeit müssen auch Deutschlands Kräfte angestrengt werden, und sie werden um so mehr hergeben, je eher wir endgültige, feste politische und wirtschaftliche Verhältnisse geschaffen haben.“

Das deutsche Bürgertum, die deutschen Industriellen und Finanzgewaltigen, die „nur selten von ihrem Sessel und Habklorenzimmer in das Parquet des Parlaments hinabsteigen“, haben sich seit dem Austritt der Sozialdemokratie in der Regierung Cuno ihr Organ geschaffen, das nach ihrer öffentlich und eindringlich bekundeten Meinung dem Inland und Ausland gegenüber als Vertretung der deutschen Wirtschaft diskontfähig sein sollte. Das hat bisher die deutschen kapitalkräftigen Kreise, wie noch zuletzt bei der Dollarleihe, nicht abgehalten, den privaten Eigennutz über das Staatsinteresse zu stellen. An ihre Adresse ist deswegen wohl offenbar Stresemanns Rahnung gerichtet, wenn er dann in dem gleichen Artikel zum Schluß schreibt:

„An der deutschen Wirtschaft sollte man sich darüber klar sein, daß sie nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck ist. Ihr Wohlergehen und Gedeihen ist mit dem Schicksal des deutschen Volkes eng verbunden. Das alte Wort navigare necesse est, vivere non necesse est bedeutet in das Deutsche der Gegenwart überfetzt: „Das Reich und Volk erhalten bleibt ist notwendig, daß die Substanz der Einzelwirtschaft sich erhält, ist nicht notwendig.“ Wenn es dahin kommt, daß wir die Substanz angreifen müssen, um damit die deutsche Freiheit zu sichern, so muß

das vom allen an der deutschen Wirtschaft Beteiligten getragen werden. Wir haben das Staatsinteresse in den Vordergrund zu stellen. Das deutsche Volk wird stolz auf seine Wirtschaft sein, wenn sie es versteht, sich in diesem Sinne als höchste Kraftquelle des Staates zu bewähren, die in einer entscheidenden Stunde deutschen Schicksals für unsere Zukunft eingeleitet wird, um das zu sichern, was höher steht als materielle Interessen: Freiheit und Frieden."

Damit erkennt zum erstenmal ein maßgebender Führer des rechtsstehenden Bürgertums das, was die Sozialdemokratie seit Jahren gefordert hat, als richtig an. Dem fanatischen Kampf, den gerade schwerindustrielle Kreise gegen die Politik der früheren Reichsregierung geführt haben, wird damit das Urteil gesprochen. So wie man bisher sich die Erledigung der Reparationsfrage gedacht hat, mit der ununterbrochenen Anspannung der Rotenpresse, der Enteignung der Mittelschichten, der immer stärkeren Belastung der arbeitenden Massen geht es heute nicht weiter. Das Ausland stellt die Forderung nach der Heranziehung der Sachwertbesitzer, weil sie allein den wirklich zahlungsfähigen Kreis darstellen. Das Ausland erhebt die Forderung, weil das bisherige in Wahrheit vaterlandslöse Verhalten bestehender Kreise Zustände geschaffen hat, die nicht mehr ertragen werden können. Die Befundung unserer Wirtschaft, die Wiederaufrichtung unserer Kultur, die Erhaltung der Einheit und Unverletzlichkeit unseres Landes hängt davon ab, daß die deutsche Politik endlich sich entschließt, den Weg dieser von der Sozialdemokratie so lange geforderten und vom Bürgertum bisher sabotierten Politik zu betreten.

Deutschnationale und Deutschpolitische nennen in ihren Kreisen Stresemann bereits den zweiten Erzberger und prophezeien ihm ein gleiches Schicksal. Diese Kreise werden stets mit allen Mitteln eine Befundung unserer innen- und außenpolitischen Verhältnisse zu verhindern suchen, weil damit auch sie erledigt sind. Wenn die deutsche Republik den Weg ins Freie finden will, dann muß sie sich frei machen von der Angst vor dieser Gesellschaft. Nur der Mut zu Opfern, nur der Wille, für die Freiheit das Letzte anzuspinnen, führt uns ins Freie.

Das Echo der Antwortnoten in Berlin.

Wie nicht anders zu erwarten war, vertritt die gesamte Berliner Rechtsprelle die Auffassung, daß mit den Antworten Curzons und Mussolinis die Frage der Verhandlungen bis auf weiteres erledigt sei und daß die Reichsregierung keine neuen Vorschläge unterbreiten dürfe. Da dieselben Blätter sich überhaupt gegen die Ueberreichung eines deutschen Angebots ausgesprochen hatten, versuchen sie sogar, den Mißerfolg der Regierung Cuno für ihre parteipolitischen Zwecke auszunützen, indem sie sich mit ihrer üblichen Dreistigkeit als diejenigen hinstellen, denen die Entwicklung der Dinge recht gegeben habe! So die „Kreuzzeitung“, die „Deutsche Tageszeitung“, die „Deutsche Zeitung“ und sogar die „Deutsche Allgemeine Zeitung“.

Das Organ der altpreussischen Aristokratie ruft pathetisch aus: „Bis hierher und nicht weiter!“ und erklärt: „Deutschland hat dadurch, daß es auf die Rede Curzons einging, ein großes Entgegenkommen gezeigt. Es hat sich ein erhebliches Stück in den Sumpf hineinkindeln lassen. Noch ist es Zeit, auf diesem gefährlichen Pfade umzukehren. Wir geben uns der Erwartung hin, daß die Regierung Cuno in ihrem Verantwortlichkeitsgefühl die Entschlossenheit zu einer solchen Ablehnung weiterer Vorschläge aufbringen wird. Innerpolitische Rücksichten, die leider der letzten deutschen Note das Gepräge gaben, dürfen nicht wieder dazu führen, daß ein großer politischer Fehler gemacht wird.“

Daß innerpolitische Rücksichten der letzten deutschen Note das Gepräge gaben, ist nur allzu richtig. Leider waren es gerade Rücksichten auf die nationalistischen Kreise des deutschen Volkes, auf Hefflerich und Knilling, die maßgebend waren, und das war in der Tat ein großer politischer Fehler, der sich bitter gerächt hat.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ warnt vor einem Eingehen auf das englisch-italienische Verlangen nach einem höheren Angebot, das ein „weiteres Abgleiten auf einer schiefen Ebene“ bedeuten würde. Und in der „Deutschen Zeitung“ spricht der baltische Baron Hans von Sodenstern von machtpolitischen Bedanken, für die es noch immer Gelegenheiten für Deutschland gäbe, falls es aufhöre, „den Feinden nachzulaufen“, und ein „starkes Wort“ ausspreche:

„Und dieses Wort kann nur so lauten, daß wir in Zukunft jede Verhandlungen über die Entschädigungsfrage ablehnen, solange nicht auf der Gegenseite die im Vertrag von Versailles eingegangenen Verpflichtungen innegehalten werden, solange nicht auf der Gegenseite erkannt wird, daß der Versailler Vertrag aufgehoben und durch einen Friedensvertrag ersetzt wird und solange die Entente nicht bereit ist, sich als Allensschuldigen am Weltkrieg zu bekennen.“ (!)

Während aber auch das Stimmes-Organ, ohne ganz so weit zu gehen, wie die rasenden baltischen Barone der „Deutschen Zeitung“, „keine Möglichkeit“ sieht, „auf dem durch das Angebot vom 2. Mai betretenen Wege fortzuschreiten“, scheint dies keineswegs die Auffassung der gesamten Deutschen Volkspartei zu sein. Denn die „Zeit“, die sich in letzter Zeit zum Sprachrohr des linken Flügels der Volkspartei entwickelt hat (während die „DZ.“ unter Lensch genau die umgekehrte Entwicklung durchmacht), nimmt in einem auffallend ruhigen Artikel zu der neuen Situation Stellung und stellt die Frage in den Vordergrund, wie Deutschland vorgehen müsse, um auf dem beschränkten Wege weiterzukommen. Das Blatt erklärt nach einer sachlichen Würdigung der Schwierigkeiten, daß die deutsche Regierung „unbedenklich dem Verlangen nach näheren Vorschlägen nachkommen“ könne. Es regt an, daß die kommende deutsche Antwort den Abschlagsvorschlag der ersten Note „in bestimmter und ausgearbeiteter Form“ wiederhole. Uebrigens übt noch die „Zeit“ eine nachträgliche Kritik an den Mängeln des deutschen Angebotes.

Diese Kritik wird ebenfalls und noch deutlicher von Georg Bernhard in der „Bösischen Zeitung“ geübt, der die innerpolitischen Rücksichten, die für Form und Inhalt des ersten Angebots ausschlaggebend waren, bloßstellt und das Resultat jener realitätsfernen „Bunspolitik“, die mit der ersten Note befolgt wurde, folgendermaßen zusammenfaßt: Einerseits haben die englische und die italienische Antwort das deutsche Volk in eine Situation gebracht, „die das Empfinden des Besiegten und der Erniedrigung beinahe ins Unerträgliche steigert“; andererseits ist nunmehr eine für Deutschland ungünstige „Weltmeinung“ geschaffen, nachdem die Reichsregierung es veräumt hat, das Problem zu lösen, das darin bestand, den Bonar Law'schen Plan mit der deutschen Leistungsfähigkeit in Einklang zu bringen. Eine Lösung dieses Problems war nach Bernhard möglich, indem man von den Bonar Law'schen Ziffern ausgegangen wäre, um eine Form ihrer Leistung und eine für Deutschland tragbare zeitliche Ausdehnung dieser Leistung zu finden.

Nach diesen und anderen Winken für das neue Angebot warnt der Verfasser vor einer Regierungskrise, fordert aber „ein enges Zusammenarbeiten des Kabinetts mit den parlamentarischen Parteien“.

Da nun auch die „Germania“ eine Beantwortung der englischen Note für selbstverständlich hält und in der Einladung zu neuen, erweiterten deutschen Vorschlägen einen klaren Beweis dafür erblickt, daß „man auch auf der Gegenseite eher an alles andere als an ein Wiederabreißen des langsam angespannten Fadens denkt“, so ist die innerpolitische Situation, die sich nunmehr für das Kabinett Cuno ergibt, ganz klar: Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes, von der Sozialdemokratie bis weit in die Reihen der Deutschen Volkspartei, verlangt, daß die Reichsregierung auf den Wunsch nach neuen Vorschlägen eingehen. Eine Minderheit, die sich zusammensetzt aus Deutschnationalen, Bösischen, volksparteilichen Schwer-

industriellen und Kommunisten, ist im Gegenteil dafür, daß der Faden nicht weiter fortgesponnen werde. Die Schwierigkeit liegt wohl für die Regierung in der Tatsache, daß die Mehrheitsseite mitten in der Volkspartei abbricht. In der Sache, nämlich dem Einfluß zur Katastrophopolitik, geht Lensch einerseits mit Hans von Sodenstern, andererseits mit Karl Radek — alte Gewohnheit — einig. Aber das deutsche Volk hat an dem einen perfekten Experiment der Regierung Cuno genug; man kann einfach nicht außenpolitische Erfolge erzielen und zugleich das Vertrauen der nord- und süddeutschen „Vaterländischen Verbände“ behalten. Deutschland vermag in seiner jetzigen Situation die Ratschläge der russisch-baltischen Barone ebensowenig zu gebrauchen wie die der russisch-bolschewistischen Emissäre.

Rosbach bei Cuno!

„Kühl und interesselos!“

Die Reichstagsdebatte über die Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei hat doch noch eine Ueberraschung gebracht, nämlich die Feststellung, daß der Reichshäuptling Rosbach von dem gegenwärtigen Reichsfanzler Cuno empfangen worden ist. Wenn auch „kühl und interesselos“, so ist er doch von dem obersten Reichsbeamten angehört worden, als er sein Programm zur Organisation des Revanchekrieges und sonst noch einiges zum Vortrag brachte.

Die Mitteilungen des Reichsministers des Innern Defer über diese Unterredung haben im Reichstagschallende Heiterkeit hervorgerufen, um so mehr, als Defer versichert, daß der Kanzler nicht gewußt habe, wer Rosbach sei und welche Bestrebungen er verfolge. Es ist schlechterdings unverständlich, daß der für die Leitung der Politik verantwortliche Mann so wenig von den innerpolitischen Vorgängen weiß, daß er selbst einen der bekanntesten und berüchtigtsten Bandenführer weder dem Namen noch den Bestrebungen nach kennt. Aber da Herr Cuno doch sicher ein ehrlicher Mann ist, wird man ihm glauben müssen, daß Rosbach und Art des Rosbach ihm tatsächlich unbekannt waren als er ihn empfing. Die Frage, ob solche harmlose Unkenntnis ein entschuldigendes oder ein belastendes Moment für den „verantwortlichen Staatsmann“ sei, wollen wir lieber nicht beantworten.

Ein anderes ist es um die Personen, die jenen Besuch Rosbachs beim Kanzler der Republik vermittelten und empfahlen. Es ist selbstverständlich, daß der Reichsfanzler bei der Fülle der Geschäfte nicht wahllos jeden Besucher persönlich empfangen kann. Hat jemand ein Anliegen, das die Reichsleitung angeht, so muß er das dem Staatssekretär der Reichskanzlei oder einem von diesem beauftragten Beamten vortragen. Nur in besonders wichtigen Fällen kann der Kanzler selbst für solche Unterredungen in Frage kommen. Und dann muß ihm von seinen Beamten doch vorher mitgeteilt werden, wer der Besucher und was sein Begehrt sei. Hat also Dr. Cuno Rosbach empfangen, ohne zu wissen, wer der Mann ist und was er beabsichtigt, mit ihm zu sprechen, so liegt zweifellos eine sträfliche Unterlassungsfünde an irgendeiner amtlichen Stelle vor, die den Kanzler vorher hätte informieren müssen. Wer war diese Stelle? Und aus welchem Grunde unterließ die Information, so daß der ahnungslose Kanzler in die peinliche Lage kam, das Gespräch vorzeitig abbrechen zu müssen, um sich erst zu informieren?

Es ist selbstverständlich das gute Recht jedes Kanzlers, jeden Besucher zu empfangen, der ihm wichtig und richtig erscheint. Nur muß er alle Konsequenzen tragen, die sich daraus ergeben. Aber wenn er erklären lassen muß: „Ich habe Rosbach empfangen, ohne zu wissen, mit wem ich zu tun hatte“, so ist das eine Bloßstellung, die weder sein noch das Ansehen des Reiches ertragen kann, selbst wenn er nur „kühl und interesselos“ zugehört hat.

Die ferne Musik.

Von Hans Gathmann.

Das enge Hinterhauszimmer wird dunkel. Man schlägt das Buch zu und schaut aus den schmalen Scheiben. Im Hofe spielen ein paar Kinder... wie immer. Drüben, auf den hinteren Balkonen des Vorderhauses, hängen Wäsche, an einem Fenster steht eine blühende Azalee. Ein Mädchenkopf taucht auf und verschwindet im Schatten des Zimmers.

Da kommt von irgendwo Musik. Ein Harmonium drüben im Vorderhaus oder oben im vierten Stock spielt ernst und feierlich. Ein Mensch hält Andacht. Durch die Säule lassen die Klänge wie Hände nach dem unruhig-unbefriedigten Herzen... Man lauscht mit dem Herzen... Das ist feier und Weisheit: mit dem Herzen lauschen auf ferne, ferne Klänge...

Die feine, fensterdurchbrochene, graue Rückwand des Vorderhauses, die alles Licht absperrt, schwindet... Die Azalee wird ein Baum, der über Dächer und Höfe Blüten regnet...

Das Herz bricht: Musik... Musik... Spätmittagessen jenseits der letzten Lichtschimmerlinge. Aber: eine weite Weisheit dehnt sich zwischen Dorf und Dorf. Berge sind damit sturmgepeinigten Wäldern wipfeln. Aus friedvoller Hütte steigt Rauch. Ein Mädchen singt einen Traum... Erde, meine Erde! jubelt die ferne Musik...

Das lauschende Menschenherz ist aller Ferne verwandt... Man sieht sich selber wandern: ein Landmann hinter dem Pflug. Müde stapfen die Pferde. Oder wie ein Bursch, der von Ort zu Ort zieht, und wo ein freundlicher Bild grüßt und ein Platz an einem Tisch frei ist, Heimat fühlt. Arbeiter in der ruhelosen Fabrik, Bergmann im dumpfen Schacht... Immer aber tönt die Musik von ferne ans Herz. Ueberall ruft sie und lockt. Jedes Menschen Herz hört sie einmal... und wird still und weise von vielen Träumen und vieler Sehnsucht.

Durch Tage und Nächte klingt die ferne Musik. Aus dem Vorderhaus oder aus dem vierten Stock? Oder aus der unbekanntem Ferne, aus der weiten Wunderwelt... aus der eigenen Seele?

Man muß ihr andächtig lauschen. Dann ist sie wie ein Teil von uns, ein Verwandtes, Schwesterliches, das uns verknüpft und verbindet mit Nahe und Ferne, Sonne, Feld, Wald, Himmel und mit der Kraft in uns, die, so arm wie sein mögen und so einsam, uns verbinden will mit allen Wundern des Traums, der Erde heißt und Leben... geliebtes... gefegnetes Leben!

Pathologie und Kulturwerte. Einen interessanten Ueberblick über die Beziehung der Psychopathologie zu bedeutenden Erscheinungen des kulturellen und geistigen Lebens gab Dr. Birnbaum an einem Vortrag, veranstaltet vom Zentralkomitee für das ärztliche Fortbildungswesen in Preußen. Er führte aus, daß die krankhaften Ueberflüge auf kulturellem Gebiet ver-

schiedene Formen annehmen können. Sie können sich kundgeben als abnorme Wesenszüge und Denkmalsbildungen geistig hervorragender Persönlichkeiten und führen dann zur Verneinung der früher vertretenen Propagierung oft entgegengesetzter Welt- und Lebensanschauungen. Wir sehen solche Erscheinungen in der Alterswandlung Comtes zum Positivismus, in Strindbergs gläubiger Umkehr. Die auf der Schizophrenie beruhenden abnormen Wesenszüge der römischen Kaiser des jüdischen Hauses brachten den Cäsaren wahnsinnig hervor. Die Opium- und Haschischucht Baudelaire's, der Alkoholismus Boes, die Epilepsie Dostojewskis, Sacher-Masochs krankhafte Sexualveranlagung fanden ihren Niederschlag in künstlerisch oft sehr bedeutenden Werken, jedoch mit unerkennbar pathologischem Einschlag. Sehr interessante Beispiele, wie zu Beginn der Erkrankung neue, wertvolle Seiten in dem Schöpfen entstehen können, zeigt etwa der viel gerühmte zweite Stil des alternden Raupaffant, der Wegfall des Griechentums bei Hölderlin, die beide aber bald zum geistigen Zusammenbruch gelangten.

Eine andere Erscheinungsart des Pathologischen wird durch hysterische Suggestionen und Autosuggestionen hervorgerufen, die auf abnormen Nervenmechanismen beruhen. Sie zeigen sich in massenhaft auftretenden religiösen „Bekehrungen“, in Angst- und Depressionszuständen, in Exaltationen der Religionsgemeinschaften, im Jungentreden, im Auftreten der Stigmata, ja auch im Dionysischen Bacchantentum mit dem Mänadenwesen. Ganze Zeitalter haben ihre typischen pathologischen Strömungen. Im Mittelalter waren es dämonische Wesensformen, zur Reformationszeit die göttlichen Erleuchtungen, jetzt sind es die mediumistischen Transplantationen, die sich besonderer Vorliebe erfreuen. Auch gewisse Rodetendenzen entstehen aus pathologischer Veranlagung der tonangebenden Persönlichkeiten, so etwa das Delirium und Apathetentum als Lebensziel aus nervöser Ueberempfindlichkeit und Ueberreizung der Googurts, des Baudelaire usw. Aus Riegl'sches Herren-Menschen-Ideal ist als Ausfluß seiner eigenen psychopathischen Unsicherheit zu betrachten. Ebenso entstammt Schopenhauers Pessimismus der vorerredeten Depression, Weininger's Weltanschauung seiner angeborenen Mangelhaftigkeit. Endlich findet man in allen religiösen und mythologischen Werten der Naturvölker geistig verarbeitete pathologische Elemente.

Die pathologischen Erscheinungen treten auf allen Gebieten des menschlichen Kulturlebens auf, sie zeigen sich jedoch besonders ausgeprägt auf künstlerischen und philosophischen Gebieten, weil hier die stärkste Affektbetonung vorhanden ist. Im allgemeinen gibt die beginnende Schizophrenie einen Hang zu abstrakten Gedankengängen, die hypomanen verführen einen Drang zu vielseitiger Betätigung, die hysterischen unterliegen einem Zwang zur Schaulust. Aber allen diesen pathologischen Schöpfungen fehlt die ordnende Kritik, so daß sie Geniales mit Rinderwertigem vermengen, und erst nach einer Verbesserung und Ordnung durch Normale lebenspraktisch werden.

Der Zug zur Stadt in den Vereinigten Staaten. Nach einem Bericht des Ackerbaudepartements hat sich im Jahre 1922 die landwirtschaftliche Bevölkerung in den Vereinigten Staaten um rund 460 000 Personen vermindert; diese Zahl schließt sowohl Männer als Frauen und Kinder ein und entspricht einer Verminderung der land-

wirtschaftlichen Bevölkerung (die den Census von 1920 auf 31 550 000 Personen bezifferte) um rund 1,5 Proz. Von den Farmen nach den Städten sind im letzten Jahr rund 2 Millionen Personen abgewandert, denen eine Rückwanderung von 880 000 Personen nach den Farmen gegenübersteht; durch den Geburtenrückgang auf den Farmen während des letzten Jahres in Höhe von 660 000 verminderte sich der Nettoverlust an landwirtschaftlicher Bevölkerung auf 460 000. Die stärkste Abwanderung war in den Gebirgsstaaten zu beobachten gewesen; es folgten der Reihe nach die Neuenland, die Pazifik, die mittleren Atlantik, die nordöstlichen Zentral, und die südlichen Atlantikstaaten, die alle über dem Durchschnitt der Abwanderung blieben; darunter bleiben die südwestlichen und nordwestlichen Zentralstaaten und die südöstlichen Atlantikstaaten. Besonders vermerkt wird die im Laufe des Jahres 1922 erfolgte Abwanderung von allen 32 000 schwarzen Landarbeitern aus dem Staat Georgia nach dem Norden, was volle 13 Proz. der ganzen landwirtschaftlichen Arbeiter dieses Staates ausmacht.

Frösche in Eis. Eine der seltsamsten Schiffsladungen, die jemals einen kanadischen Hafen verließ, wurde dieser Tage von einem Dampfer, der von Vancouver nach Japan ging, an Bord genommen. Sie bestand aus einer großen Zahl lebender landlicher Frösche, die noch so verpackt waren, wie sie während ihrer Ueberwinterung gefangen wurden, nämlich in Eis. Wenn sie in Hokkaido an Land gebracht sein werden, will man sie langsam auftauen und dann in japanischen Gärten aussetzen. Sie sollen in größeren Massen gezüchtet werden, um der regen Nachfrage der japanischen Feinstreifer nach Froshentein in Zukunft besser zu genügen.

Stenographie als Pflichtfach in Bayern. Nach Mitteilungen des bayerischen Kultusministers besteht die Absicht, mit Beginn des nächsten Schuljahres das System Gabelsberger als Pflichtfach an den bayerischen Schulen einzuführen.

Für die Fertigstellung des deutschen Museums, das nach Kessels Plänen im Kolben errichtet, seit Jahren unfertig steht, ist jetzt ein Mittel gefunden. Wilhelm Bode hat die ihm zu seinem 50jährigen Dienstjubiläum von in- und ausländischen Freunden überlassene Stiftung, die beim jetzigen Dispositiv etwa 300 Millionen Reichsmark beträgt, für die Vollendung des Museums zur Verfügung gestellt.

Das Bühnen-Uberblicksgericht hat Erich Blücher und Max Marweng für kontraktlos erklärt, beide aus der Bühnengemeinschaft für ein Jahr ausgeschlossen und zu ganz erheblichen Summen an Schadenersatz und Buße verurteilt.

Englisch lesende Genossen können den „New Leader“, die ausgezeichnete Wochenchrift der W.P. gratis erhalten. Die Redaktion hatte ihre Leser aufgefordert, geleitene Nummern regelmäßig nach Deutschland zu senden. Viele erklärten sich dazu bereit. Wer also den „New Leader“ lesen will, wende sich kritisch an die „Vorwärts“-Redaktion. Sie gibt die Adressen nach London weiter.

Rund 350 Millionen Dollar Anleihe in Amerika eingeführt. Die gewaltige Serie in Anleihen aus der Alten Welt nach der Neuen in den letzten Jahren übergeführt worden sind, zeigt eine solche verlässliche Berechnung der New Yorker National City Bank. Danach betrug der Gesamtmarkt der Anleihe, die seit 1910 in die Vereinigten Staaten eingeführt wurden, etwa 350 Millionen Dollar. Die Summe für das Kalenderjahr 1922 wird auf 33 Millionen Dollar geschätzt, das ist 4 Millionen Dollar über den Durchschnitt der ganzen Periode.

Das Verbot der Deutschvölkischen.

Ablehnung des deutschnationalen Antrags.

Im Reichstag wurde die Debatte über das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei fortgesetzt.

Abg. Gutzard (Z.): Wir bedauern diese Debatten in dieser Zeit, da sie nur geeignet sind, die Einheitsfront zu gefährden. Meine Fraktion nimmt hier dieselbe Stellung ein wie im Landtag. Graf Westarp hat zu Unrecht in herabsetzender Weise vom Staatsgerichtshof gesprochen. Wir haben lebhafteste Bedenken, daß das Vorgehen des preussischen Ministers des Innern formell nicht ganz korrekt war. Als wir dem Schutzhause zustimmten, haben wir nicht an das Verbot einer politischen Partei gedacht. Erst durch endgültigen Spruch des Staatsgerichtshofes wird das volle Material bekannt werden, das der Minister versprochen hat. Die Art und Weise, wie rechts und links der Kampf geführt wird, lösen bei uns die allergrößten Bedenken aus. Mit

steigender Sorge beobachten wir vor allem die Entwicklung der Dinge in Bayern.

(Sehr wahr! im Zentrum.) Wir sind der Auffassung, daß die Regierung alle Machtmittel gegen diese Organisationen, ganz gleich, ob sie rechts oder links stehen, anwenden muß. Sie dürfen vor allem nicht, wie in Sachsen und Thüringen, zu einem Teil der Regierungsgewalt werden.

Abg. Koch (Dem.): Es ist ein Verbrechen, heute gegen die Republik anzukämpfen. Mit der Haltung der Deutschen Volkspartei hier im Reichstag sind wir nicht einverstanden. Herr Marcks sollte anerkennen, daß man hier ebenso wenig wie im Landtag einen befreundeten Minister angreifen kann. Wir bekämpfen keine Gesinnung. Wenn aber unter dem Deckmantel einer politischen Partei sich eine

Verchwörungsgesellschaft

bildet, so ist das was anderes. Wir sind grundsätzlich gegen die Auflösung aller vaterländischen Verbände. Wir begrüßen es, daß der Minister Severing sich auch gegen die kommunistischen Hundertschaften gemeldet hat, bedauern aber, daß diese Organisationen in Sachsen einen Teil des Regierungsprogramms bilden. Wir appellieren an das Volk, sich auf dem demokratischen Staatsboden zusammenzufinden und sich darauf zu besinnen, daß der Feind nicht rechts und links, sondern vor und in den Türen steht.

Abg. Kemmerle (Komm.): Wo ist der Schatten eines Beweises, daß sich die proletarischen Hundertschaften politische Gewalt anmaßt haben? Im Ruhrgebiet haben sie sogar die Polizei unterstützt. (Über Kemmerle: Die Red.) Die Deutschvölkischen wollen den demokratisch-parlamentarischen Staat stürzen und die Monarchie an seine Stelle setzen. Bei der Abwehr dieser Bestrebungen wird man uns

Kein an der Seite der Vorkämpfer für die Republik

finden. Hier gibt es die Einheitsfront der Arbeiterschaft. Damit ist aber nicht gesagt, daß wir die heutigen Zustände billigen. Die Faschisten werden überall, insbesondere in Bayern, am liebsten unterstützt, die bayerische Polizei liefert ihnen sogar Waffen; deshalb müssen wir Abwehrhundertschaften bilden, um die Republik zu stützen.

Anzweifelhaft ist eine kommunistische Entschlüsselung eingegangen, das bayerische Staatsministerium aufzufordern, ihre Berichterstattung vom 10. Mai aufzuheben und den Reichspräsidenten zu ersuchen, sämtliche Organisationen aufzulösen, die am 1. Mai in Bayern den vaterländischen Verbänden angeschlossen waren.

Abg. v. Graefe (Deutschv. Freiheitspartei): Die Anschuldigungen des Herrn Scheidemann gegen unsere Partei waren Theaterdonner. Dem Staatsgerichtshof hat er mit seinen Ausführungen keinen Dienst erwiesen. Es handelt sich um einen Justizmord. (Lachen links.) Herr Defzer und die Regierung Cuno waren lange, bevor Herr Severing seinen Erlaß gegen uns wogte, darüber genau informiert, daß wir unsere Ziele nur auf legalen Wege verfolgen. Wir haben darüber

mit der Regierung eingehende Besprechungen gehabt.

(Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich frage die Regierung, wie sie es fertig bringen kann, zu dulden, daß Herr Severing so gegen unschuldige Männer vorgehen konnte. Von den bürgerlichen Parteien haben die Sozialisten nichts zu fürchten, aber von uns. Wir sind nicht der Kadaver, der faul und stinkt, wie Herr Scheidemann in seinem Artikel im jüdischen Abendblatt so schön von uns sagte. Die Regierung hat die Pflicht, uns gegenüber dieselbe Loyalität zu üben, die wir ihr gegenüber anwenden.

Reichsjustizminister Dr. Heineke: Ich weiß nicht, ob ich die Rede des Abg. Graefe als Verteidigung oder als Anklage auffassen soll. Ich bin nicht der Mann, der in einem solchen Fall eine Antwort gibt. Wären Sie mir zu, in ein schwabendes Boot zu steigen? Alle diese Vorwürfe und Anklagen, die Herr v. Graefe vorbringt, kann er dem zuständigen Gericht unterbreiten. Das Gericht wird urteilen und wird einen gerechten Richterspruch fällen.

Reichsminister des Innern Defzer:

Abg. v. Graefe vertauscht die Rollen des Anklägers und Angeklagten und tut, als ob er schuldlos verfolgt würde. Ich lege namens der Regierung entschieden Protest dagegen ein.

Von allem, was Herr Graefe ausführte, ist mir nichts bekannt

(Hört, hört! links), ebenso nicht anderen Stellen der Reichsregierung. Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig ist allerdings ein Protokoll verlesen worden, das anscheinend Aufklärung gibt. Die bekannte Wannsee-Versammlung, die dem Minister Severing den Anstoß zu seinem Vorgehen gegeben hat, war von Herrn Rohbach berufen; verschiedene Reichsbeamte waren gegenwärtig. Einer dieser Herren, Rittmeister Müller, hat ausgefragt, Rohbach habe als Zweck der Versammlung mitgeteilt:

„Der Minister des Innern beabsichtigt, mit dem 31. März eine Verordnung zu erlassen, nach der alle nationalen gesinnten Vereine aufgelöst werden. Die nationalen Verbände sind der Grundstoff für die Bildung von freiwilligen Regimentern für den Krieg. Wir halten es für unsere Pflicht, der Verfügung des Ministers nicht nachzukommen. (Hört, hört! links.) Sollte die Regierung unsere Auflösung erzwingen, so muß es zum Entschuldigungsstempel zwischen uns und den Antisemitischen Organisationen kommen. (Hört, hört! links.) Doch auch diese Maßnahme vorbereiten, zeigen die auf uns auftauchenden Arbeiterbataillone in Thüringen. Wir möchten, daß in diesem Kampf die Reichswehr sich neutral verhält; deshalb wollen wir unsere Ziele und Pläne Ihnen mitteilen und damit verhindern, daß die Truppe wieder wie im November 1918 plötzlich von einer Revolution überrascht wird. Dies Ihnen mitzuteilen, ist der Hauptgrund unserer Versammlung.“

(Zwischenruf links: Geburtstagstempel!) Dann wird hinzugefügt, diese Pläne seien offen

dem Reichskanzler und dem General v. Seeckt mitgeteilt

worden. (Hört, hört! links.) Beide Herren hätten sich diesen Plänen gegenüber kühl und interessarlos verhalten. Man hat also mit dem Reichskanzler darüber gesprochen. Er hat zugehört, hat eine Antwort nicht gegeben, sondern nur auf die erste innere Lage hingewiesen und von allen solchen Bestrebungen abgeredet. General v. Seeckt erklärt, daß er Herrn Rohbach nie empfangen habe (Hört, hört! links), also mit ihm eine Unterredung nicht gehabt habe. Das ist es, was mir bekannt geworden ist über die Dinge, die Herr v. Graefe hier so dramatisch darlegt. Das Gericht ist zu der Ansicht gelangt, daß die mündliche Verhandlung zahlreich und zum Teil schwerwiegendes Material gegen die deutschvölkische Freiheitspartei zugute gefördert hat und der Minister Anlaß zu der Meinung gehabt hat, daß die

Vorbedingung für ein Verbot der Partei gegeben

sei. Die Herren meinen nun, es handle sich um eine parlamentarische Partei, deshalb rufen sie die Solidarität des Hauses auf; ebenso könne jede andere Partei verboten werden, also stege ein solches Interesse aller Parlamentarier vor. Weder die Reichsregierung noch der preussische Minister hat ein Vergnügen daran, eine politische Partei zu verbieten, aber der Gerichtshof hat nicht dies als dringenden Punkt erklärt, sondern betont, daß es eine Tatfrage sei, ob Rechtsmilderungen vorgekommen sind. Sind sie durch eine Partei begangen, so sind sie nicht dadurch strafrei, sondern müssen verfolgt werden wie eine andere Verurteilung. Der wesentliche Unterschied zwischen dem Sozialistengesetz und dem Republikshutgesetz ist, daß das

Sozialistengesetz eine Lehre als solche verfolgte, während das Republikshutgesetz eine Lehre nicht verfolgte

und ein Parteiprogramm nicht anstößt. Es handelt sich darum, ob illegale Dinge vorgekommen und zu ahnden sind. Der Beweis kann nur durch das Verfahren geführt werden. Reichsregierung und preussische Regierung sind durchaus bereit, der legalen Tätigkeit einer politischen Partei die Möglichkeit zu öffnen, soweit nicht verbotswürdige Handlungen vorkommen. Auch Verurteilungen sind möglich, die veranlassen werden für die Tätigkeit der Partei. Der Staatsgerichtshof wird über die der deutschvölkischen Freiheitspartei vorgeworfenen Handlungen befinden. Ich kann mich eigentlich freuen, daß von der rechten Seite so eingehende Untersuchungen über

den demokratischen Geist der Verfassung

angestellt sind. Unter der Demokratie müssen die Dinge anders behandelt werden als unter der alten Verfassung. Der preussische Minister des Innern hat bewiesen, daß er erforderlichenfalls ebenso gegen links wie gegen rechts vorgeht. Daß die Reichsregierung diesen Dingen latentlos zugehört habe, ist nicht der Fall. Bei der Konferenz in Berlin haben die Regierungen ein einheitliches Vorgehen vereinbart. Das preussische Vorgehen hat beruhigend gewirkt.

Sachsen und Thüringen sind bereit, ihre Schutzorganisationen aufzulösen, wenn die von Bayern drohende Gefahr vorüber sei. Alle Machtmittel zur Bekämpfung innerer Gefahren müssen lediglich in Händen des Staates liegen. Sollten neue Machtmittel erforderlich sein, bitte ich Sie, diese nicht zu versagen. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.) beantragt zur Geschäftsordnung, Herrn v. Graefe sofort das Wort außer der Reihe zu geben, damit er nähere Angaben darüber mache, daß er mit der Reichsregierung sich über Zweck und Ziele der Deutschvölkischen Freiheitspartei verständigt habe.

In der Abstimmung wird der Antrag Ledebour angenommen. Dafür stimmte die ganze Linke geschlossen und der größte Teil der Demokraten, dagegen die Rechte und das Zentrum, deren Plätze schlecht besetzt waren. — Das Wort erhält nunmehr

Abg. v. Graefe (Dödl. Freiheitsp.): Mit Gemut werde ich mich nicht zum Reden zwingen lassen. Es ist mein freier Wille, ob ich reden will oder nicht, und auch, was ich sprechen will, behalte ich mir frei vor. Ich habe der Regierung vorgeworfen, daß sie unsere Verfolgung dulde, obwohl sie wußte, daß unsere Partei absolut legale Zwecke und keine geheimen Ziele verfolge. (Unruhe und Lachen links.)

Abg. Henke (Soz.):

Meine Freunde haben schon immer kein Vertrauen zu Herrn Cuno gehabt. Wenn sich nun derartige Dinge abgespielt haben, so ist der letzte Rest fort. Herr v. Graefe hat in Leipzig nichtoffizielle Verhandlungen haben wollen, d. h. über seine Besprechungen mit der Regierung sollte hinter geschlossenen Türen gesprochen werden.

Die Republik ist in größter Gefahr.

Ihre einzige zuverlässige Stütze ist die Arbeiterschaft. Die Deutschvölkischen haben mit Mörder- und Verbrecherorganisationen Verbindungen unterhalten. Das geht auch aus dem Düsseldorf-Prozess hervor, in dem nach dem Bericht der „Düsseldorfer Volkszeitung“ festgestellt wurde, daß im Ruhrgebiet diese Verbindungen bestehen.

Moed und Zerstörung

planen und Verkehr mit dem Berliner Bureau der Deutschvölkischen unterhalten haben. Ich behaupte nicht zuviel, wenn ich sage, die Herren Wille und v. Graefe sind die Mitschuldigen! Der Einbruch in das Ruhrgebiet wird von Herrn Henning den Juden in die Schuhe geschoben. Arbeiter in München, die unseren Genossen Auer schützen wollten, hat man keinen Waffenschein gegeben, während die Nationalisten mit Waffen der Reichswehr herumlaufen dürfen. Eine solche Gefahr darf man nicht bestehen lassen. Die bürgerlichen Parteien wollen von den Hundertschaften der Arbeiter nichts wissen. Diese sollen waffenlos bleiben, damit der politische Kampf gegen sie erleichtert wird.

Woher kommt das Geld

für all die nationalistischen Organisationen, die zur Niederkämpfung der Arbeiter und der Republik bestimmt sind? Von der Industrie. Die Reichsregierung muß alle Kraft aufwenden, um dem

sächsischen Treiben in Bayern endlich ein Ende

zu machen. Wenn die Faschisten in Deutschland einen Erfolg haben würden, würde die Bourgeoisie vor ihnen ebenso auf dem Bauche liegen wie in Italien, darum muß auf diese Gefahr aufmerksam gemacht werden. Die Arbeiter werden sich ihrer Haut wehren. (Beifall links.)

Minister Defzer: Die großen innen- und außenpolitischen Folgen, die sich aus den halben Andeutungen des Abg. v. Graefe ergeben könnten, haben mich veranlaßt, sofort mit dem Reichskanzler Rücksprache zu nehmen. Von ihm bin ich ermächtigt, folgendes mitzuteilen:

Rohbach ist es allerdings gelungen, zum Reichskanzler vorzudringen. Er hat ihm eine Mitteilung unterbreitet über die Ermächtigung der Jugend durch Turnerschaften. Diese haben den Reichskanzler, der weder den Namen noch die politische Sauberkeit des Herrn Rohbach damals gekannt hat (schallendes Gelächter v. d. Soz.), veranlaßt, das Gespräch abzubrechen und zunächst Erkundigungen einzuziehen. Nach dem Ergebnis dieser Erkundigungen hat er es abgelehnt, Rohbach noch einmal zu empfangen. Mit Herrn v. Graefe hat der Reichskanzler wiederholt gesprochen. Er hat sich bemüht, ihn vor Anfechtungen zu warnen. Herr v. Graefe sprach von der Erblösung der rechtsgerichteten Kreise wegen des einseitigen Vorgehens gegen rechts. Der Reichskanzler soll daraus nach v. Graefes Angaben gesagt haben, daß er diese Dinge sehr ernst nehme. Abg. v. Graefe hat darauf den Reichskanzler, ihm eine Unterredung mit General v. Seeckt zu verschaffen. Der Reichskanzler hat in Aussicht gestellt, in eine Würdigung dieses Verlangens einzutreten. Nach der sachlichen Würdigung des Verlangens hat der Reichskanzler es entschieden abgelehnt, den Abg. v. Graefe bei General v. Seeckt zu empfangen. Da er dann nicht mehr Gelegenheit hatte, Herrn v. Graefe persönlich zu sprechen, ist vom Reichskanzler der Staatssekretär der Reichskanzlei beauftragt worden, Herrn v. Graefe diese Entscheidung zu überbringen. Der Reichskanzler hat mich ermächtigt, ausdrücklich festzustellen, daß er über die Organisation der der Deutschvölkischen Freiheitspartei erst anlässlich der Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof näheres erfahren habe. Wer klar sieht, weiß, wie er diese Dinge zu beurteilen hat.

Abg. Thomas (Komm.): Wie sieht es in Bayern aus? Die

Reichswehr hat den Nationalisten zum 1. Mai die Waffen geliefert. Die bayerische Regierung sieht es als Hochoverrat und Landesverrat an, wenn man die Interessen des Volkes vertritt. Ausgesprochene Justizmorde sind an Arbeitern verübt worden. Der Fischenbach-Prozess vor einem „Volksgericht“ ist eine der übelsten Blüten der bayerischen Justiz. Die Hitler-Leute läßt man gewähren, obwohl sie mit den Franzosen konspirieren für einen selbständigen Staat Bayern und die Donauländersöderation. Wir wollen, daß die Reichsregierung sich einmal stark macht gegen die bayerische Regierung. Die Schutztruppe gegen die Arbeiter muß aufhören. In Bayern herrscht Ludendorff. Wir sind im übrigen Deutschland mit Ludendorff fertig geworden, wir werden auch in Bayern mit ihm fertig werden.

Damit schließt die Besprechung. Das Schlusswort für die Interpellation nimmt

Abg. Cauerer (Dönl.): Der Minister hat sich seine Aufgabe leicht gemacht, er hat sich hinter den Spruch des Staatsgerichtshofes zurückgezogen. Daß die Abgeordneten mit ihren Wählern verkehren und Versammlungen abhalten können — was sollen solche Halbheiten? Das Verbot einer parlamentarischen Partei schlägt die Formen der Demokratie in Trümmer. (Sehr richtig! rechts.) Auch der Wortlaut des Urteils des Staatsgerichtshofes erdringt keine Beweise. Das Verfahren kann Monate dauern, und daß so lange das Verbot bestehen bleibt, ist ein unerträglicher Zustand. Hier ist der Anfang, principis obsta! Wir sollen nicht in ein schwabendes Boot eingreifen, aber der „Vorwärts“ hat es schon vor Wochen getan. Herr Scheidemann hat zwar ein großes Material vorgebracht, aber keinen Beweis erbracht. Erst der

Error der Sozialdemokraten

hat uns gezwungen, uns einen Soaalschutz einzurichten; erst da ließ man uns in Ruhe, denn feige sind die Leute. Der Minister Severing ist durch die Vorgänge am 1. Mai dahin gekommen, daß gegen die kommunistischen Hundertschaften vorgegangen werden muß. Die Selbstschutzorganisationen sind erfunden, um die Versammlungsfreiheit zu schützen. Wir wollen nicht, daß wieder einmal

die rote Flut über uns hereinbricht und uns über Nacht die Hölle abgeschliffen werden.

(Zwischenruf links.) Herr Marcks meinte, die Rede des Herrn v. Kardorff im Landtag wäre im Reichstag nicht gehalten worden. Eine große Partei muß doch eine bestimmte Marschlinie innehalten. Wir hätten den Staatsgerichtshof für ein reines Parteigericht; wir fordern seine Beseitigung und Übertragung seiner Zuständigkeit auf die ordentlichen Strafgerichte; wir verlangen drittens, daß Parteien als solche vom Verbot auf Grund des Vereinsgesetzes nicht betroffen werden dürfen. (Beifall rechts.)

Personlich bemerkt Abg. v. Graefe nochmals, daß die Regierung über die Loyalität der Deutschvölkischen Freiheitspartei informiert gewesen sei.

Die Entschlüsselung der Deutschnationalen wird gegen die Stimmen der Antragsteller und eines Teils der Deutschen Volkspartei abgelehnt.

Von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum wird die Entschlüsselung beantragt: Die Regierung zu ersuchen, zu prüfen, ob nicht eine Änderung des Gesetzes zum Schutze der Republik behufs Schutzes der politischen Parteien und der durch die Verfassung gewährtesten Vereinigungsfreiheit vorgunehmen ist. Diese Entschlüsselung wird durch Auszählung mit 124 gegen 112 Stimmen bei 27 Stimmenthaltungen (Hört, hört! rechts) abgelehnt. Dafür stimmen die antragstellenden Parteien, von denen sich eine Reihe von Zentrumsmitgliedern enthält.

Eine kommunistische Entschlüsselung auf Aufhebung der bayerischen Ausnahmeverordnung und auf Auflösung des Verbandes vaterländischer Vereine in Bayern wird abgelehnt. Der Titel des Ministerberichts wird bewilligt. Die weitere Beratung wird auf Dienstag vormittag 11 Uhr vertagt; außerdem dritte Lesung des Mieterschutzgesetzes. Schluß 148 Uhr.

Genossin Mathilde Wurm schreibt uns:

Im parlamentarischen Bericht des „Vorwärts“ Nr. 221 vom 13. Mai heißt es: „Abgelehnt wird dagegen ein Antrag Wurm, statt 12 Milliarden nur 2 Milliarden für die studentische Selbsthilfe zu bewilligen.“

Diese Darstellung ist unrichtig, der Hergang vielmehr folgender: Zentrum und Deutschnationale hatten zum Haushalt des Ministeriums des Innern einen Antrag eingebracht, der eine einmalige Restsumme von 12 Milliarden für die Unterstützung kultureller und gemeinnütziger Vereinigungen. Drei Viertel dieser Summe — also 9 Milliarden — sollte den religiösen Gesellschaften, eine Milliarde der studentischen wirtschaftlichen Selbsthilfe und der Rest sonstigen gemeinnützigen und kulturellen Vereinigungen zufließen.

Im Antrag der sozialdemokratischen Fraktion lehnte ich die Unterstreichung der religiösen Gesellschaften aus Reichsmitteln ab, weil dies einerseits Sache der Länder, andererseits Aufgabe der religiösen Gesellschaften, die ihre Mitglieder zu höheren Steuern heranziehen können, sei.

Aus diesem Grunde beantragten wir, zwei Milliarden ausschließlich für die studentische wirtschaftliche Selbsthilfe zu bewilligen. Dieser Antrag wurde von der Mehrheit des Reichstages abgelehnt, der erstere angenommen, wonach die studentische Selbsthilfe statt der von uns beantragten zwei Milliarden nur eine erhalten wird, die religiösen Gesellschaften dagegen 9 Milliarden!

Die Auflösung der Deutschvölkischen.

Der Staatsgerichtshof hat bekanntlich seine endgültige Entscheidung über die Beschwerde der Deutschvölkischen Freiheitspartei gegen das vom preussischen Innenminister ausgesprochene Verbot ausgeföhrt bis zur Erledigung des Strafverfahrens gegen Rohbach und Genossen; andererseits hat er aber die rechtliche Zulässigkeit des Verbots einer Partei anerkannt und entgegen dem Antrag der Deutschvölkischen die Verbotsvorschrift in Kraft gelassen. Durch diesen Schwabenzustand haben sich gewisse Verwaltungsverfahren ergeben. Daher hat der preussische Innenminister Severing jetzt durch einen neuen Erlaß den ihm unterstellten Behörden der inneren Verwaltung klare Richtlinien über das Verhalten gegenüber den Deutschvölkischen gegeben. Als aufgelöst gilt danach die vereinsmäßige Organisation der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Sie kann also keine Mitglieder oder Anhänger in Orts- und Landesgruppen usw. zusammenschließen, keine Beiträge erheben, als aufgelöste Organisation auch keine Versammlungen einberufen. Dagegen können die deutschvölkischen Abgeordneten des Reichstages — bekanntlich drei an der Zahl —, da ihre parlamentarischen Rechte unbeschnitten sind, persönlich und schriftlich mit deutschen Staatsbürgern, in denen sie ihre politischen Anhänger sehen, in unmittelbarem Verkehr treten und auch selbst im preussischen Staatsgebiet Versammlungen abhalten. Solche Versammlungen dürfen aber unter keinen Umständen zu einer Umgehung der Auflösung oder als weitere Betätigung der Deutschvölkischen Freiheitspartei dienen.

Die Republikanisierung der Verwaltung. Wie die „Republikanische Presse“ erzählt, ist der ehemalige bayerische Hauptmann Schöninger zum Polizeikommissar bei der sächsischen Polizei ernannt worden. Schöninger ist auch unseren Lesern als Mitarbeiter des „Vorwärts“ bekannt.

Der Zentralausschuß der RDD. tritt am 16. und 17. Mai zusammen, um nach der Rückkehr der Delegierten aus Rostow zu den Differenzen in der Partei Stellung zu nehmen.

Gewerkschaftsbewegung

Streik und Aussperrung in den Schlossereien.

Seit dem 9. Mai stehen die Bau- und Schlossereibetriebe mit 43 Betrieben im Streik, und seit Sonnabend hat der Schloßverband Berliner Schlossereien die in der Möbelschloßfabrikation Beschäftigten und alle anderen zu seiner Organisation gehörenden Betriebe ausgesperrt.

Die Verhandlungen zu diesem Lohnkampf sind folgende: Der Arbeitgeberverband hatte die für die zweite Aprilhälfte geforderte Zulage von 100 M. abgelehnt, obwohl eine derartige niedrige Lohnerhöhung, selbst wenn sie voll bewilligt worden wäre, bei weitem keinen Ausgleich gegen die gestiegenen Lebensmittelpreise gebracht hätte. Der Spruch des Schlichtungsausschusses brachte außer einer Zulage für Kolonnenführer keine Lohnerhöhung, bestimmte aber, daß innerhalb acht Tagen erneut über die Maßnahme verhandelt werden sollte.

Trotzdem vom Arbeitgeberverband eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise zugegeben wurde, lehnte er auch für Mai jegliche Zulagen ab. Der daraufhin nochmals angerufene Schlichtungsausschuss fällt gegen die Stimmen der Arbeitnehmer einen Spruch, wonach die Facharbeiter über 20 Jahre eine Zulage von 160 M., ungelernete Arbeiter über 21 Jahre, Junggelehrten und Frauen eine solche von 100 M., Ungelernte von 18 bis 21 Jahren 60 M., von 16 bis 18 Jahren 30 M. erhalten sollen. Die Ungelernten von 14 bis 16 Jahren blieben unberücksichtigt.

Wenn man nun die in letzter Zeit enorm gestiegenen Preise, die doch auch den Arbeitgeberbeispiern sehr gut bekannt sind, mit den in dem Schiedsspruch festgelegten Lohnerhöhungen in Parallele stellt, dann müßten die Arbeitgebervertreter sich sagen, daß ein derartiger Schiedsspruch von den Arbeitern nur als eine Propaganda ausgeht und mit dem Streik beamtet werden würde.

Der nun glaubte, daß der Arbeitgeberverband, durch den Streik veranlaßt, sich eventuell bereit gezeigt hätte, diesen Schiedsspruch, der den Ungelernten ganze 7 Proz. gebracht hat, zu revidieren, der müßte den scharfmacherischen Standpunkt dieser Arbeitgeberorganisation nicht erkannt haben. Denn als im März, ebenfalls durch den ablehnenden Standpunkt des Schloßverbandes gezwungen, vier Bauhloßereien streikten, wurde ebenfalls die Aussperrung der gesamten Betriebe verfügt.

Da die Aussperrung im März offenbar nicht den gewünschten Erfolg hatte, geht der Schloßverband diesmal gegen die bisher noch nicht zur Aussperrung übergegangenen Betriebe mit allen ihm zu Gebote stehenden terroristischen Mitteln vor. Der Herr Syndikus in eigener Person kontrolliert die Betriebe bezüglich der Durchführung des Aussperrungsbeschlusses.

Sämtliche Bauarbeiter werden deshalb gebeten, eine scharfe Kontrolle der auf den Bauten beschäftigten Schlosser auszuüben. Nur die im Besitz der vom Deutschen Metallarbeiterverband herausgegebenen Legitimationskarten sind, arbeiten mit Zustimmung der Streikleitung.

Streik im Bodenlebergroßhandel.

Lohnverhandlungen der Handelsarbeiter mit dem Arbeitgeberverband des Großhandels am 7. Mai führten zu keinem Ergebnis. Ein von den Arbeitnehmern gestelltes Ultimatum, das mit den Löhnen noch um 10 000 M. unter dem Wochenlohn der gleichen Arbeitnehmer im Einzelhandel blieb, wurde von den Arbeitgebern ebenfalls abgelehnt, so daß die Versammlung am Freitag den Streik beschloß, der von den Handelsarbeitern im Bodenlebergroßhandel zunächst geführt wird.

Ergeben die neuen Verhandlungen keine weiteren Zugeständnisse, so schließen sich beschlußgemäß die Handelsarbeiter auch der übrigen Fachgruppen der Lederwirtschaft an. — Es ist nicht das erste Mal, daß die Handelsarbeiter in dieser an Konjunkturgewinnen schwerverdienenden Branche gezwungen sind, um geringen Lohn — zurzeit beträgt der Tariflohn noch ganze 54 000 M. — zum letzten Mittel zu greifen. Die Kollegen der Expeditionsbranche werden um strenge Solidarität ersucht.

Deutscher Verkehrsbund, Sektion I.

Handelsarbeiter in der Engros-Konfektion!

Die Arbeitgeber haben von sich aus, ohne direkte Verhandlung, ein Höchstangebot einer circa 20prozentigen Lohnerhöhung für den Monat Mai gemacht. Diefem wurde von der Branchenleitung bedingt zugestimmt. (Tarifabsätze sind im Bureau des Deutschen Verkehrsverbundes, Zimmer 26, gegen Mitgliedsausweis zu haben.) Da aber auch die neuen Lohnsätze den inzwischen eingetretenen Preissteigerungen nicht annähernd Rechnung tragen, werden von der Organisationsleitung Ausgleichsverhandlungen angebahnt.

Verbindlich erklärter Schiedsspruch für Portiers.

Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 30. April, welcher die Aprillöhne der Hausangestellten in den Geschäfts- und Industriehäusern, der Portiers, Fahrstuhlführer, Heizer, Wächter und Hilfsarbeiter neu regelt, ist am 11. Mai für verbindlich erklärt worden. Der Geltungsbereich erstreckt sich auf alle Geschäfts- und Industriehäuser Groß-Berlins. (Schiedssprüche sind im Bureau des Deutschen Portierbundes (Sektion VII des Deutschen Verkehrsverbundes) Berlin W 22, Wahrenthor Str. 31, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.)

Achtung, Betriebs- und Gewerkschaftsfractionen!

Die Vorstände der Fractionen resp. Werbausschüsse der Gewerkschaften und Betriebe können sofort Werbematerial (Brotschären) kostenlos im Betriebssekretariat in der Bureauezeit von 9 bis 5 Uhr in Empfang nehmen. Die politischen Vertrauensleute in den Kleinbetrieben sind ebenfalls verpflichtet, das Material abzuholen. Parteiausweis legitimiert.

Soziales aus dem Bezirksamt Wilmersdorf.

Man schreibt uns: Am Bezirksamt Wilmersdorf soll zum 30. Juni d. J. eine größere Anzahl nichtständig Angestellter entlassen werden, deren wirtschaftliche Verhältnisse äußerst schlecht sind, trotzdem sich noch eine ganze Reihe sogenannte Festangestellte im Bezirksamt befindet, die als

wirtschaftlich sehr stark bezeichnet werden müssen. Es ist im Interesse der Allgemeinheit zu fordern, daß der Magistrat Berlin hier eingreift und zunächst solche Angestellte zur Entlassung bringt, die nicht unbedingt auf Erwerb angewiesen sind.

Das mangelnde soziale Verständnis des Bezirksamtes Wilmersdorf zeigt sich auch in dem Verhalten der Betriebsvertretung gegenüber. So erschien das Bezirksamt Wilmersdorf in einer Beschwerte des Angestelltenrates gegen die Einstellung einer Angestellten einfach zur Verhandlung deshalb nicht, um, wie es schriftlich dem Tarifvertragsamt mitteilte, dadurch dem Angestelltenrat seine Richtigachtung auszusprechen. Es wird auch hier Aufgabe des Magistrats Berlin sein, dem Bezirksamt Wilmersdorf klarzumachen, daß Verhandlungen mit der Betriebsvertretung Verständnis für die Erfordernisse der neuen Zeit auf Seiten der mit der Verhandlung Beauftragten voraussetzen.

Ende des Saarbergarbeiterstreits?

W.B. meldet aus Saarbrücken: „Die in den letzten Tagen zwischen der französischen Bergwerksdirektion und den Vertretern der streikenden Bergarbeiter geführten Verhandlungen haben zu folgendem Ergebnis geführt: Maßregelungen aus Anlaß des Streits finden nicht statt. Die Löhne sind in der obersten Stufe um 5 Frank pro Schicht, in der untersten Stufe um 3 1/2 Frank pro Schicht erhöht worden. Die Vertreter der Organisationen empfehlen den Belegschaften, von heute, Dienstag, ab die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hat soden in einer zahlreich besuchten Reviertagung die Wiederaufnahme der Arbeit von morgen ab beschlossen. Die Entscheidung des sozialdemokratischen Alldeutschen Bergarbeiterverbandes steht noch aus, doch ist auch hier mit der Annahme der Abmachungen zu rechnen.“

Die Forderungen der Bergarbeiter lauteten:
1. Erhöhung des Schichtlohnes um durchschnittlich 7 Frank.
2. Bessere menschenwürdige Behandlung durch die französischen Borgeführten.
3. Keine Bespitzelung und Schikanierung durch französische Agenten.
4. Keine Maßregelungen der Streikenden.

Der Streik dauert bereits 14 Wochen.

Eine Besprechung zwischen Moskau und Amsterdam.

Die von der Frankfurter Konferenz bestimmte Kommission zur Verhandlung mit dem Vorstände des Internationalen Gewerkschaftsbundes traf am 3. Mai in Amsterdam ein und hatte nachmittags eine Unterredung mit den Sekretären des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Die Kommission legte ausführlich den Zweck ihres Besuches dar und beauftragte ein Zusammengehen des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der ihm angeschlossenen Organisationen mit den auf der Frankfurter Konferenz vertretenen Organisationen zur gemeinsamen Bekämpfung der Kriegsgefahr und des Faschismus.

Die Sekretäre des Internationalen Gewerkschaftsbundes erklärten einmütig, daß der Internationale Gewerkschaftsbund ebenfalls die Einheit aller Arbeiter im Kampfe gegen den Kapitalismus und seiner Erscheinungen wünscht und erstrebt. Zu einer Beschlußfassung zu dem Vorschlag seien die Sekretäre jedoch nicht befugt, da hierfür das Bureau resp. der Vorstand die zuständige Instanz sei.

Verabredet wurde, daß von der Kommission dem Internationalen Gewerkschaftsbund ein formulierter Vorschlag zur Stellungnahme eingehandelt werden wird.

Von beiden Seiten wurde ferner anerkannt, daß zur Schaffung einer einheitlichen Aktion der Arbeiter aller Länder gegen den Kapitalismus die nötigen Vorbedingungen geschaffen werden müssen. Es wurde von beiden Seiten die Erklärung abgegeben, daß sie in diesem Sinne bei den von ihnen vertretenen Organisationen und Instanzen wirken würden.

Amerikanische Arbeiterlöhne.

In der Zeit vom 15. März 1922 bis 15. März 1923 sind die Kleinhandelspreise für sämtliche Nahrungsmittel in der Stadt New York um 5 Proz. gestiegen und waren damit um 49 Proz. höher als vor dem Kriege. Im Staate New York betragen im Monat März 1923 die Durchschnittswochenlöhne 26,92 Dollar, das sind 171 Cents mehr als im Januar 1923. Dieser Durchschnittslohn ergibt bei einem Dollarstand von 20 000 Papiermark rund 540 000 Mark, genau 538 400 M. wöchentlich.

Wir sind sehr davon überzeugt, daß auch in Amerika dem Arbeiter nichts geschenkt wird. Der Durchschnittslohn des amerikanischen Arbeiters belagt nicht etwa, doch dieser stänzend oder gar zu hoch entlohnt wird. Doch zeigt er uns um so deutlicher, wie tief die Löhne der deutschen Arbeiter herabgedrückt sind, deren Ziffernhöhe im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Kaufkraft steht.

Verbot eines Gewerkschaftsblattes im besetzten Gebiet. „Der Proletarier“, das Verbandsblatt des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, ist im besetzten Gebiet auf die Dauer von drei Monaten verboten worden. Ein Grund dafür wurde nicht angegeben. Es ist aber anzunehmen, daß die französische Willkür die Wahrheit nicht ertragen kann und darum dieses Arbeiterblatt wie so manches andere Preßzeugnis zu unterdrücken versucht.

Lohnerhöhungen in Amerika. Die Löhne der amerikanischen Seeleute an Bord der Fahrzeuge des Schiffsamts werden vom 14. Mai ab um 20 Proz. erhöht werden.

Achtung, D.E.V.-Eisenbahner!

Sonntags abend 8 Uhr Mittelschwerer Versammlung in der Königshof-Brannerel, Schloßufer Ecke 16, Bericht über die Lohnverhandlung. Erscheint in Massen.

Deutscher Verkehrsverband, Ortsverein 7 (Koch). Dienstags abend 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Popenhofer, Kurm., Cafe Stromstraße. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Rühl über „Mieterschutz und Wohnungsbau“. Beschäftigtenverband. Damen-, Kindermäntel- und Rohstoffkonfektion: Mitgliederversammlung Mittwoch 6 Uhr in der Schule Weinmeisterstr. 16-17. Welche Löhne müssen gezahlt werden? — Der Streik der Milchmischer. Mitgliedsausweis legitimiert.
Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. D.E.V.-Genossen und U.N.-Kollegen: Versammlung, morgen, Mittwoch nachmittags 4 Uhr im Café Ambros, Wilmersdorf, Münchstr., Ecke Halaburger Straße.
Zentralverband der Maschinenbau- und Feiler. Französische Elektrizität: Die auf Freitag, den 18. Mai, im Gewerkschaftsraum, Soal 1. angelegte Versammlung der Elektrizitätswerte findet nicht statt. — Die Branchenleitung.

Wirtschaft

Die deutsche Eisenindustrie im Ruhrkampf.

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

Der Roheisenausfluß des Eisenwirtschaftsbundes hat am 2. Mai seit der neuen Marktoverschlechterung zweimal beträchtliche Erhöhungen der Roheisenpreise vorgenommen. Nicht die neuen Preissteigerungen allein, sondern die allgemeine Lage des Eisenmarktes zeigt die verhängnisvollen Folgen der Ruhrbesetzung. Die Produktionsmengen und die Art der Erzeugung haben sich stark verschoben. Die Rüstenwerke stellen gegenwärtig monatlich etwa 30 000 Tonnen Roheisen her, ausschließlich mit ausländischen Rohstoffen. Diese Roheisenmenge wird inländisch gegen Devisen verkauft, und es ist erklärlich, daß dieses Roheisen allein schon erhebliche Devisenbeträge verschlingt, wenn man den Durchschnittspreis für 150 Schilling pro Tonne ansieht. Nur 12 000 Tonnen Roheisen werden mit inländischen Rohstoffen erzeugt, und Eisen des Siegerlandes wird in einer Höhe von 10 000 Tonnen produziert.

Aus dem Ausland kommen monatlich ungefähr 25 000 Tonnen Roheisen. Die inländische Erzeugung ist also weit geringer als das eingeführte ausländische Eisen; denn die in den Rüstenwerken hergestellte Ware stellt nur eine Art Veredelungsprodukt dar. Die Zahlungsbilanz Deutschlands ist also vom Roheisen her schwer belastet, und es ist erklärlich, daß man deshalb die Lage des Eisenmarktes sehr ernst zu beurteilen hat.

Die Werte haben gegenwärtig große Schwierigkeiten zu überwinden durch die Festsetzung des Eisenpreises. Auf Grund des Devisenburchschnitts der vorangegangenen Woche ist die Neubeschaffung der erforderlichen Devisen meist erst in einem Augenblick möglich, wo bei der leider wieder einsetzenden Geldentwertung die Mark eine geringere Kaufkraft hat; deshalb legt sich hier ein Verlust auf die Substanz. Wenn aber nun, was erstrebt wird, Eisen nur noch gegen Devisen verkauft werden soll so bedeutet das einen Verlust gegen die Devisenverordnung, und es ist deshalb eine scharfe Auseinandersetzung in den Kreisen der Eisenindustrie (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) entstanden.

Die Gewerkschaften halten die Stützungsaktion noch nicht für beendet und wehren sich mit allen Mitteln gegen Vorgänge, die zu einer weiteren Verschlechterung der Mark beitragen. Als ein solcher Anlaß zu weiterem Marksturz müßte die Devisenkartierung für Eisen angesehen werden. Die Gewerkschaften sind in dieser Frage um so hartnäckiger geworden, als bis heute die letzten Vorgänge, die zur Markentwertung geführt haben und die bekanntlich auf Devisengroßkäufe maßgebender Konzerne zurückgeführt werden, nicht geklärt sind.

Auch für Eisen, das bis zu 90 Proz. seiner Selbstkosten aus ausländischen Rohstoffen besteht, soll die Devisenzahlung verhindert werden, wenn nicht Garantien dafür übernommen werden, daß die Bezahlung dieses Eisens unmittelbar aus den Devisenbeständen der Verbraucher, also ohne neue Devisenkäufe, erfolgt; denn man ist der Ansicht, daß die Verbraucher aus ihren Devisenbeständen diese Zahlungen leisten können.

Die wirtschaftliche Lage des Eisenmarktes ist außerordentlich ernst, und es ist zu billigen, wenn man in beteiligten Kreisen unter Unterstützung der Arbeiter den Versuch macht, die Mark nicht von dieser Seite und aus diesem Grunde dauernd zu belasten.

Die Krise in der Metallindustrie hat in der zweiten Hälfte des April nicht nur angehalten, sondern sich noch verschärft, obwohl in diese Zeit der neue Sturz der Mark am 18. April fiel. Wie uns dazu von gewerkschaftlicher Seite berichtet wird, war in diesen Wochen die schlechte Geschäftslage weniger dem Kohlen- und Rohstoffmangel zuzuschreiben als dem Mangel an Aufträgen. Eine größere Anzahl Betriebe zehren zwar noch von ihrem Auftragsbestand, kagen jedoch über den mangelhaften Eingang neuer Aufträge. Die stürmische Nachfrage nach Eisen und Stahl bei den Hüttenwerken im unbesetzten Deutschland hat nachgelassen und einer ruhigeren Stimmung Platz gemacht. Zu beobachten ist der Austausch der Aufträge zwischen den Firmen im besetzten und unbesetzten Gebiet. Dadurch wird ein großer Teil der Auslandsgeschäfte der deutschen Industrie erhalten. Die Folge wird ein weiterer Zusammenschluß der Industrie sein. Die Verschlechterung hat sich bis zum Monatsende nicht ausgewirkt. — Entsprechend der anhaltend schlechten Geschäftslage ging auch die Beschäftigung der Arbeiter in der Metallindustrie zurück. Die Zahl der Kurzarbeiter, die noch im März 13,76 Proz. betragen hatte, stieg in der dritten Aprilwoche auf 19,2 Proz., in der vierten auf 24,72 Proz., die Zahl der bei den Gewerkschaften verzeichneten Arbeitslosen wuchs von 2,30 Proz. im März auf 5,3 Proz. in der dritten und 6,49 Proz. in der vierten Aprilwoche. Die Statistik erstreckt sich auf 26 055 Betriebe mit 2,1 Millionen Arbeitern.

Verteuerung der Lebenshaltungskosten um 6,5 Proz. in der zweiten Maiwoche. In der Woche vom 5. bis 11. Mai hat sich die Lebenshaltungskosten der Industrie- und Handelszeitung von dem 3263fachen auf das 3464fache, also um 6,5 Proz., erhöht, nachdem in der ersten Maiwoche bereits eine 5,9proz. Verteuerung stattgefunden hatte. Zu der Verteuerung der Lebenshaltungskosten während der vergangenen Woche trug vornehmlich die Steigerung der Ernährungskosten bei, deren Mehrziffer von 4233 auf das 4604fache stieg; wiederum sind es die Fett- und Fleischpreise, die hauptsächlich die Aufwärtsbewegung der Nahrungsmittelgruppe verursachen.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 1211,96 Geld, 1218,04 Brief; 100 österreichische Kronen 63,24 Geld, 63,56 Brief; 1 ungarische Krone 8,10 Geld, 8,16 Brief; 1 bulgarische Lewa 352,11 Geld, 353,89 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 465,83 Geld, 468,17 Brief; 1 polnische Mark kostete im freien Verkehr etwa 94 P.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: E. Glade, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Druckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin. Umdruck: 3 Querz. 1 Blatt.

Zwei gute Bekannte

MERCEDES

DIE BATSCHARI KRONE

I.V.O. PUHONNY

Mieterrecht und Mieterschutz

Schon wieder eine Mieterhöhung?

Am Sonnabend fanden vor dem Wohnungsausschuss des Magistrats schon wieder Verhandlungen mit den Vermietern und Mieterorganisationen statt, weil die Vermieter erneut Erhöhungen verlangt haben. Sie fordern ganz beträchtliche Erhöhungen, und zwar für Zinssteigerung 60 Proz. (jetzt 25 Proz.), für Verwaltungskosten 3000 Proz. (jetzt 1000), außerdem die Abwälzung der Wohnungsbauabgabe für die Portierwohnung auf die Mieter, für Häuser mit besonderen Einrichtungen werden 3700 und 5200, für Geschäfts- und Industriehäuser 7000 Proz. für Verwaltungskosten gefordert, für laufende Instandsetzungsarbeiten (in allen Häusern) 8000 (jetzt 2000), für große Instandsetzungsarbeiten 6000 (jetzt 1000), für Vollversicherung des Hauses gegen Feuergefahr zum 600fachen Friedenswert (Goldwert!) 3000 Proz. (jetzt 1000), für Haftpflichtversicherung 500 Proz. (jetzt 150); das würde eine 3. bis 6fache Erhöhung dieser Zuschläge bedeuten. — Es hat den Anschein, als wenn die Hausbesitzer auf diese Weise die Zwangswirtschaft zerbrechen oder die Mieter in bezug auf die Wohnungsbauabgabe zahlungsunfähig machen wollen. Sie erklären aus agitatorischen Gründen, daß die erhöhte Wohnungsbauabgabe von den Mietern nicht getragen werden könne, verlangen aber in demselben Atemzuge ungläubliche Erhöhungen der Miete, obwohl die Mieter größtenteils nicht in der Lage sind, diesen Ausgabesteigerungen mit Einkommenserhöhungen zu folgen. In ihrer Breiße verlangen sie unummunden, daß die Miete bis auf den 5. Teil des Durchschnittseinkommens gesteigert werden müsse, damit spätestens am 1. Juli 1926 die freie Wirtschaft (mit der 600fachen, also 600 000prozentigen Friedensmiete) wiederhergestellt werden könne. Daß dies den völligen Zusammenbruch der gesamten deutschen Volkswirtschaft bedeuten würde, macht diesen „nationalen“ Kreisen keinerlei Sorge; wenn sie nur ihr Schäflein aufs Trockene kriegen! Hier gilt es, den Anfängen zu wehren und nicht erst zu warten, bis auch die Wohnungszwangswirtschaft unter dem Ansturm der kapitalistischen Interessenten zusammenbricht. Der Hausbesitz provoziert durch sein rücksichtsloses Vorgehen die schwersten Kämpfe, gegenüber denen die bisherigen nur als ein Kinderpiel erscheinen werden. Mögen die maßgebenden Stellen erkennen, wohin die Reise geht, ehe es zu spät ist; denn es gärt in der Mieterchaft bedenklich.

Im die Portierwohnung.

Die Betriebskosten für die Portierwohnung sind nach der Magistratsbekanntmachung vom 30. April dieses Jahres (Ziffer A. 9 des § 4) auf die übrigen Mieträume umzulagen. Da diese Neuregelung erst vom 1. Mai ab gilt, so ist sie erstmalig Ende Mai anzuwenden. Schon heute aber zeigt es sich, daß dieses Verfahren zu diesen Ungerechtigkeiten und Streitigkeiten Anlaß geben wird. So wird uns ein Fall mitgeteilt, wo die Frau, die die Hausreinigung gegen Barlohn und freie Wohnung übernommen hatte, nach dem Hausverkauf den neuen Hauseigentümer als Untermieter in ihre Zweizimmerwohnung aufgenommen hat und außerdem ihrem Schwiegersohn in dieser Wohnung Unterkunft gewährt. Aehnliche Fälle werden auch aus anderen Häusern mitgeteilt. In diesen Fällen weigern sich die Mieter mit Recht, die auf die weitervermieteten Räume entfallenden Umlagen zu zahlen. — Weiter ist die Frage aufgeworfen worden, ob die Mieter die auf die Portierwohnung entfallenden Umlagen auch dann zu zahlen haben, wenn der Portier oder Hausreiner nur einen Barlohn empfängt und die gefällige Miete zu zahlen hat. Nach der Magistratsbekanntmachung haben die Mieter und sonstigen Raumnutzer des Hauses aber nur für die Dienstwohnung die Umlagen zu tragen, so daß beim Bestehen eines Mietvertrages diese Verpflichtung der Mieter usw. fortfällt. — Selbstverständlich ist ferner, daß der Vermieter mit seiner Wohnung nicht unter die Neuregelung fällt. Trotzdem hat bereits ein Vermieter, der eine Zweizimmerwohnung inne hat, ein solches unberechtigtes Verlangen an die Mieter gestellt, und zwar mit der Begründung, daß in dem Hause keine Portierwohnung sei. — Es wird also eine Fülle von Streitigkeiten aus dieser Neuregelung erwachsen, ohne daß den Portiers damit gedient ist. Diese verlangen eine tarifmäßige Entlohnung, zumal viele Vermieter den Portiers bzw. Hausreiner nicht einmal die ihnen am 28. Dezember v. J. durch den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses zugewilligten 26 Proz. der Verwaltungskosten (für Mai 260 Proz. der Grundmiete in einfachen Häusern) zahlen. Der Mieterverband Gau Berlin, die Einheits-

organisation der Berliner Mieterchaft, hat aus diesen Erwägungen heraus die vom Magistrat auf Verlangen der Aufsichtsbehörden beschlossene Umlegung der Betriebskosten für die Portierwohnungen bekämpft und die Befreiung dieser Bestimmung unter Schaffung eines Tariffs gefordert. Solange dieser Forderung nicht Rechnung getragen wird, muß die Umlegung in den oben angegebenen Grenzen erfolgen. Dabei müssen aber alle Umlagebeträge gestrichen werden, die auf die Zeit vor dem 1. Mai entfallen, was besonders zu beachten ist. Dabei soll jeder Mieter bedenken, daß die von ihm demgemäß gestrichenen Beträge nicht etwa dem Portier, sondern dem Vermieter zur Last fallen, da es sich ja nur um die mieterfrei überlassenen Dienstwohnungen handelt.

Treppenreinigungspflicht des Mieters.

In den Bezirken mehrerer früherer Vororte Berlins sind Prozesse über die Verpflichtung der Mieter zur Reinigung der Flure und Treppen entstanden. Die Mieter stützen sich auf den § 20 des Reichsmietengesetzes, wonach der Vermieter nach dem Wirksamwerden der gefälligen Miete die Verpflichtung zur Tragung der Betriebskosten nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches habe. Diese Streitfrage ist teils zugunsten der Mieter, überwiegend aber (allerdings unter anscheinbarer Begründung) zugunsten der Vermieter entschieden worden. Diese Streitigkeiten wären mit einem Schläge aus der Welt geschafft, wenn sich der Magistrat — entsprechend den wiederholten Anträgen der Mieterorganisation — entschlossen hätte, den Verwaltungskostenzuschlag für solche Häuser, in denen die Mieter die Flure und Treppen reinigen, geringer festzusetzen als in den übrigen Häusern. Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit und nach dem Sinne des Reichsmietengesetzes sogar geboten, daß diejenigen Mieter, die selbst das Reinigungsmaterial zu teuren Preisen kaufen und die Reinigungsarbeit selbst ausführen, nicht in dem ungelagerten Verwaltungskostenzuschlag des Reinigungsmaterial, das der Vermieter gar nicht zu beschaffen braucht, bezahlen und außerdem noch die in den Zuschlag eingerechnete Barrentschädigung für die Hausreinigung. Hier ist dringende Abhilfe nötig.

Revolution im Mietrecht?

Beim Amtsgericht in Reutlingen war in den letzten Tagen unter den Zivilkammerpräsidenten verbreitet, der Wohlfahrtsminister habe alle Bekanntmachungen des Berliner Magistrats über die Mietenzuschläge bis auf die erste vom 8. September 1922 für rechtswirksam erklärt, weil die Veröffentlichung, wie das schon seit Monaten behauptet wurde, nicht in der gefällig vorgeschriebenen Form erfolgt sei. Duhende von Mietstreitigkeiten wurden verlagert, während andere Amtsrichter verhandelten und erklärten, von der bedeutungsvollen ministeriellen Entscheidung offiziell noch nichts zu wissen. Wenn es mit der Erklärung der Ungültigkeit der Magistratsverordnungen stimmt, hätte man damit wohl nicht ein halbes Jahr zu warten brauchen. Die prozessualen Folgen können, wenn alle Zahlungen auf Grund der magistratlichen Anordnungen zu Unrecht erfolgt sind, unübersehbar sein und werden den Rußdampf, der schon zur Genüge im Mietrecht besteht, nur noch vermehren. Bei der sattem bekannten Art, wie unsere Oberbehörden arbeiten, ist freilich damit zu rechnen, daß sich nach weiteren Monaten irgendeine Stelle meldet, die die Magistratsbekanntmachungen wieder für gültig erklärt.

Kein besonderes Waschgeld!

In der Vorkriegszeit war es vielfach üblich, daß die Mieter außer der Miete für die jedesmalige Benutzung der Waschküche ein kleines Entgelt an den Vermieter zahlten. Diese Verpflichtung bestand schon unter der Herrschaft der preussischen Höchstmietenerordnung nicht mehr und sie findet auch im Reichsmietengesetz keine Stütze. Die Vermieter fordern jetzt häufig ganz erhebliche Beträge für die Benutzung der Waschküche und drohen für den Fall der Zahlungsverweigerung mit der Entziehung der Waschküchenbenutzung. Das ist aber völlig unzulässig. Wiederholt haben Mieter in solchen Fällen ihre Wäsche in einer Waschanstalt waschen lassen und der Vermieter hat nach verlorenem Prozeß ganz erhebliche Beträge (außer den hohen Prozeßkosten) erlassen müssen. Weist wird ein energisches Vorgehen der Mieter unter Hinweis auf die Rechtslage Erfolge versprechen, wenn sich nur die Mieter im Hause einig sind. Die Mietervereinigungen sollten überall, wo solche Mißstände vorhanden sind, auf deren Befreiung dringen. Im Instandsetzungszuschlag, der im Mai schon eine 2fache Grundmiete ausmacht, sind die Kosten für Instandhaltung der Waschküche und des Kessels mit enthalten.

Zusammenbruch der Tuberkulosebekämpfung

Das „Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose“ hielt die diesjährige Generalversammlung am 12. Mai in Berlin ab. Aus den Verhandlungen empfing man leider kein erfreuliches Bild von dem jetzigen Stand der Tuberkulosebekämpfung. Was mühevoll Arbeit in Jahrzehnten hygienischen Fortschrittes aufgebaut hatte, wurde durch den Krieg zerstört. Und was durch den Wiederaufbau der Gesundheit in den ersten Jahren nach dem Kriege erreicht werden konnte, bricht jetzt zusammen unter dem Druck der wirtschaftlichen Folgen des Krieges.

Der Vorsitzende des Zentralkomitees, Präsident Bumm vom Reichsgesundheitsamt, gab in seiner einleitenden Ansprache die bis in 1923 reichenden neuesten Zahlen der Tuberkulosestatistik. In den deutschen Städten mit über 100 000 Einwohnern starben an Tuberkulose im ersten Quartal 1921: 18,0, 1922: 18,2, 1923: 20,8 auf je 10 000 Einwohner. Sehr besorgniserregend ist der verhältnismäßig große Anteil von Kindern bis zum 15. Lebensjahre. In der Berliner Universitäts-Kinderklinik hat Prof. Czerny eine erschreckende Zunahme schwerer Lungenblutungen beobachtet, die sonst im Kindesalter nicht häufig sind und nur in den Kriegsjahren in großer Zahl auftraten. Oft werden jetzt Säuglinge in die Klinik gebracht, die (sagt Czerny) so durch Hunger heruntergekommen sind, daß sie nicht mehr gereitet werden können. Zu dem der Generalversammlung vorgelegten Geschäftsbericht gab der Generalsekretär Dr. Helm Erläuterungen. Er betonte die Notwendigkeit, angesichts der durch Geldmangel erzwungenen Einschränkung dieser Lungenheilanstalten die Fürsorgestellen auszubauen. Aber freilich fehlen auch dazu die Mittel.

Ernsteste Beachtung verdienen folgende Ausführungen des Geschäftsberichtes, die mir wörtlich wiedergeben wollen: „Unter dem steigenden wirtschaftlichen Druck, der zu einer Verelendung weiter Schichten unseres Volkes führt, und zwar gerade solcher, die früher nicht zu den Unbemittelten zählten und fremde Fürsorge nicht in Anspruch zu nehmen brauchten, verschlechtert sich der Gesundheitszustand des ganzen Volkes, auch der noch im Erwerbsleben Stehenden und ihrer Familien, dauernd; die Notlage der Erwerbslosen und der in Folge von Krankheit oder Alter Erwerbsunfähigen aber nimmt eine geradezu katastrophale Entwicklung. Trotz aufopferndster Tätigkeit der in der Tuberkulosefürsorge tätigen Ärzte, Schwestern und sonstigen Hilfskräfte nimmt die Tuberkulose in erschreckender Weise zu. Wie in den letzten Kriegsjahren füllen sich wieder die Sprechstundenräume der Fürsorgestellen mit Hilfesuchenden; schon jetzt zeigt sich wieder der fatale Anstieg der Tuberkulosesterblichkeitskurve, zumal in den größeren Städten; schon sprechen die Einzelberichte aus den Fürsorgestellen wieder von einem vermehrten Auftreten und von einem schweren Verlauf der Tuberkuloseerkrankungen.“

Unter solchen Verhältnissen konnte im abgelaufenen Jahr und kann bis auf weiteres das durch den Geldmangel in seiner Tätigkeit beeinträchtigte Zentralkomitee kaum das Nötigste tun, wenigstens den völligen Zusammenbruch der Tuberkulosebekämpfung zu verhindern. Die Mittel des Zentralkomitees werden jetzt zum allergrößten Teil durch Reichszuschüsse einschließlich Zuwendungen aus dem Ertrag des Branntweinmonopols und durch Zuwendungen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte aufgebracht. Ausgegeben wurden im abgelaufenen Jahre 40½ Millionen Mark, für das neue Geschäftsjahr sind 125 Millionen Mark Ausgabe vorgesehen. Angesichts der inzwischen fortgeschrittenen Geldentwertung bedeutet das eine weitgehende Ausgabenbeschränkung.

Prozeß Wojak.

In der gestrigen Verhandlung wurde noch zu dem letzten Anklagepunkt gegen Wojak und die früheren Angeestellten der Reichstreuhandgesellschaft Mar Kühn und Schauer verhandelt. Wojak hat sich durch die beiden Witonenklagen heimlich die Lagerlisten beschafft, so daß er in der Lage war, anderen Kaufleuten zuzukommen. Mehrere Zeugen, die bei der Reichstreuhandgesellschaft in leitender Stellung gewesen waren, vertreten die Ansicht, daß es absolut unzulässig wäre, daß Beamte der Finanzabteilung derartige Auskünfte an Käufer erteilt haben. Revisor Weiß war der entgegengelegten Ansicht und meinte, daß vielfach so gehandelt worden wäre.

Der nächste Punkt, der zur Verhandlung gelangt, betrifft die sogenannten Nachtragsanträge, in der Wojak und Schauer Urkundenfälschung und Betrug zur Last gelegt wird. Nach der Anklage kam Wojak im Januar 1920 zu Schauer, dem Leiter der Finanzabteilung der Reichstreuhandgesellschaft, Zweigstelle Berlin, und verlangte Rückerstattung derjenigen Beträge, mit

5] Heimweh.

Eine Geschichte der Sehnsucht von John W. Noland.

Ich beobachtete Sullivan. Er war barhäutig und hatte unbewußt sich das Haar aus der Stirn gestrichen. Zum erstenmal sah ich, daß er eine offene, ungewöhnlich schöne Stirn hatte, weiß und fein über dem Rande des Sonnenerbranntes, in dem sich eine lange Narbe hinzog. Sein Blick, der sonst immer etwas scheu Ausweichendes hatte, begegnete dem meinen, und ich dachte, daß es doch wohl der wirkliche Sullivan war, der von seiner Insel lang.

Run gab es viel Arbeit, wie immer, ehe man in den Hafen kommt. Der eine Bojenanker sollte ausgeschleift werden, um die Kette zum Veräulen an der Boje frei zu machen, und alles mußte zur Verladung klar sein. Bald gab es keine Zeit mehr für Träumereien. Ehe man sich's verfaß, waren wir dicht an der Boje, eine große, rotgemalte Eisentonne, die gerade vor der Passage durch das Riff verankert lag. Das Fahrzeug schoß wie ein Boot auf in den Wind, die Fockschote schlug blind, und die Segel kamen rasch herunter. Bald lag Pelehew regungslos einige Faden von der Boje entfernt.

„Genau in den Fleck, Steuermann!“ hörte ich den Schiffer vergnügt rufen, als ich im Boote stand, das wir ausgefakt hatten, um eine Trocke herüberzubringen.

Wilson, der hinten im Boot stand, um auf die Trocke achtzugeben, stieß ab, und ich nahm die Ruder. Ein paar kräftige Schläge brachten uns zu der Boje hinüber. Ich wollte eben die Ruder einziehen, um Lösn zu nehmen, als ein munterer Ruf mich überrascht aufsprangen ließ. Wilson, der mit dem Gesicht dem Schoner zugewandt stand, sah sich erschrocken um. „Her mit der Trocke, Boys!“ ertönte es von der Boje dicht neben uns.

Ohne es zu wollen, senkte ich die Ruderblätter tief in die See und baute kräftig, indem ich mich umdrehte. Auf der Boje tanzten zwei halbwüchsige Knaben mit wildem Jubelgeschrei.

„Können das Wilde sein?“ fragte Wilson.
„Wilde!“ lachten die Jungen, daß ihre Zähne blühten.
„Komm nur her mit der Trocke, Dimmie!“
Sie waren völlig nackt, und das Wasser, das in kleinen Bächen an der Boje herunterfiel, deutete an, daß sie eben erst aus der Masse aufgetaucht sein mußten.

„Es sind Wilde,“ sagte Wilson überzeugt. „Können sie wirklich bis hier herausgeschwommen sein?“

In diesem Augenblick stürzte sich einer der Knaben mit staunenswerthem Kopfsprunge ins Wasser. Unter dem Boote tauchte er und steckte im nächsten Augenblick den Kopf über die Kelling dicht neben Wilson.

Leicht und geschmeidig schwang sich der Knabe auf den Bootsrand. „Haben Sie Tabak?“ fragte er. „Sie sollen dafür Schneckchen haben,“ fügte er hinzu.

Ich hatte indessen mit Hilfe des anderen Jungen die Trocke an der Boje festgemacht.

„Halt an Bord!“ rief mein Assistent und winkte mit der Hand, ehe ich mit dem letzten Halbschlage klar war.

Dann sprang er ins Boot und folgte mit Spannung jeder Bewegung Wilsons, der seine Tabakrolle hervorgefacht hatte, bedächtig ein Stück für sich selbst und eines für den Knaben abschchnitt.

„Wilson,“ sagte ich, „du mußt diesem hier auch etwas geben.“

„Ja, aber viel kann es nicht sein,“ brummte Wilson und zog seinen Tabak wieder heraus. „Das fängt ja gut an. Man hat die Schute noch nicht einmal fest, da fangen sie schon an, einem den Tabak aufzustressen.“

„Ich habe noch solch eine Muschel wie diese zu Hause, die andere Hälfte,“ sagte mein Schühling und zeigte eine große, prachtvolle Perlmuttermuschel, die er an einer Schnur um den Hals trug. „Die können Sie gern haben,“ wandte er sich an Wilson.

„Und ich habe Perlen,“ sagte der andere Knabe, der offenbar der ältere von den beiden war. „Wie viele wollen Sie für die ganze Rolle haben? Perlen kann man verkaufen. Elias hat auch Perlen.“

„Aber Sam kann viel besser tauchen,“ meinte Elias.

„Ich bin ja auch älter,“ sagte Sam nicht ohne Würde. An Bord hatten sie nun das Lose von der Trocke eingeholt und es auf das Gangspil auf der Back genommen. Langsam kam der Schoner näher an die Boje heran. Die Ankerkette war ausgefacht, so daß sie nur ins Wasser hing, klar, um an der Boje festgeschäkelt zu werden. Wir hatten jetzt nichts weiter zu tun, als abzuwarten, bis wir sie erreichen konnten.

„Also du heißt Elias?“ wandte ich mich an meinen Gehilfen. „Wer hat dir denn den Namen gegeben?“

„David,“ sagte er, „der Pastor. Er wohnt dort hinten,“ fuhr er fort und zeigte auf einige Häuser neben einer Waldung nahe dem Strande.

„Mutter nennt ihn Lallai,“ fiel Sam ein. „Das bedeutet Rücklein.“

„Und seid ihr wirklich bis hierheraus geschwommen?“ fragte ich. „Seid ihr da nicht müde?“

„Sie haben ja nicht einmal nasses Haar,“ sagte Wilson. Die Knaben lachten hell auf. Ihr langes schwarzes Haar, das auf beiden Seiten fast bis auf die Schultern fiel und nur auf der Stirn abgeschnitten war, hatte sich in der Lat völlig trocken gehalten.

„Man kann doch noch viel weiter als bis hierher schwimmen,“ sagte Sam. „Oksa sollte mit einem Schoner nach Hawaii fahren,“ erzählte er und zeigte nach Norden. „Aber er wollte lieber zurück, da ist er denn nachts in die See gesprungen und wieder hierher geschwommen. Und sie waren abgefegelt, als es abends zu wehen anfing.“

„Oksa hatte wohl Heimweh, der arme Mann?“ sagte ich. Sam schüttelte den Kopf. Er hatte sichtlich keine Ahnung davon, was dieses Wort bedeutete.

„Ich möchte gern nach Hawaii oder Buna fahren,“ erklärte er. „Ich will Seemann werden.“

„Ich auch,“ sagte Elias.

„Aber fressen euch die Haifische nicht? Nicht um die Welt steckt ich auch nur die Fischen in diese Wasserpfüße,“ sagte Wilson und starrte in die Tiefe.

Mein Blick folgte der dicken Kette, mit der die Boje verankert war. Es war, als hätte ich sie durch eine klare Glasscheibe. Ich maß mit den Augen Faden auf Faden. Jedes Flied trat klar und scharf hervor. Aber allmählich, ohne daß man merkte, wann es anfing, wurden die Fäden kleiner, mehr zusammengedrängt. Man sah sie immer undeutlicher, dunkler. Schließlich wurde die Kette zu einem dunklen Bande und — dann war auch dieses fort. Witten in all dieser kristallinen Durchsichtigkeit war die Kette verflucht von der blauen Tiefe der Wassermassen. Und was mochte dieses undurchdringliche Dunkel verbergen! Fast konnte ich Wilsons Schreck verstehen.

„Fürchtest du dich niemals, wenn du schwimmst?“ fragte ich.

„D nein, die Hale rühren uns nicht an,“ erwiderte Sam.

(Fortsetzung folgt.)

Kunstdebatte im Landtag.

Eröffnung des trans-europäischen Flugverkehrs. Am 9. und 10. Mai fand eine zweitägige Konferenz über die Aufnahme des trans-europäischen Flugverkehrs 1923 durch die Schweiz, Bayern, Österreich und Ungarn statt, der am 14. Mai in Betrieb gesetzt und täglich bis zum 15. Oktober durchgeführt werden soll.

Explosion einer Festungsmauer in Norwegen. Im nördlichen Teile der Mauer um die Festung Kristiansund ereignete sich eine furchtbare Explosion. Die Mauer wurde etwa in 15 Meter Länge in die Luft gesprengt. An der Unglücksstelle werden dem Militär gehörige Sprengstoffe und Munition aufbewahrt. Gewaltige Steinblöcke wurden Hunderte von Metern weggeschleudert. Eine 30jährige Frau wurde durch einen Stein getötet, der die Wand des Hauses durchbohrte und den Kopf der im Bette liegenden Frau zerquetschte.

Zu den Untersuchungen bei den Rathenower Dampfmählen wird gemeldet, daß der verhaftete Mühlenleiter Bruno Dettmann vom Rathenower Gefängnis in das Potsdamer Untersuchungsgefängnis überführt worden ist.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

7. Kreis Charlottenburg. Donnerstag, den 17. Mai, 7 1/2 Uhr. In der Aula des Siemens-Oberrealschule, Schloßstr. 37, große Parteiverammlung. Referent: Genosse Kretschmer, R. d. R. und Genosse Kändler, R. d. R. Kreis Kurfürstendamm. Alle Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten und Angehörige mit ihren Frauen, soweit durch Mitglieder eingeladen, sind eingeladen. Die Vorstände und Funktionäre des Kreises, der Abteilungen und Gruppen werden eingeladen, an dieser Versammlung teilzunehmen.

1. Kreis Mitte. Heute, Dienstag, abend 7 Uhr Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes in der Germania-Halle, Reus-Friedrichstr. 35.
2. Kreis Charlottenburg. Unter Parteigenosse Alfred Witt, Vorsitzenden des 7. Kreises und Sekretär in Charlottenburg, geht heute, am 15. Mai 1923, 26 Jahre unserer Partei an. Dem unermüdbaren Kämpfer wünschen wir, daß er uns noch viele Jahre in gleicher Tätigkeit und Treue erhalten bleiben möge. 7. Kreis, Rettungsausschüsse: Mittwoch, den 16. Mai, 7 1/2 Uhr, Sitzung, Selenstr. 1.
3. Kreis Kurfürstendamm, Marienborf, Mariensiedle, Lichtstr. 16. Mittwoch, den 16. Mai, 7 1/2 Uhr, Sitzung des Bildungsausschusses aller vier Teile im Zimmer 26 Rathaus Marienborf.
4. Kreis Tiergarten. Donnerstag, den 17. Mai, 7 1/2 Uhr, Kreismitgliederversammlung in den Arminius-Hallen, Bremer Str. 13. Tagesordnung: „Die Vorgänge im Landtag“. Berichterstatter: Abg. Reiser, R. d. R. Die Besprechung führt Leben ein. 7. Kreis. Heute, Dienstag, abend 7 1/2 Uhr Sitzung des engeren Kreisvorstandes der Krüger, Döllstr. 10.

Heute, Dienstag, den 15. Mai:

1. Verwaltungsrat (Wahltag). Elternauschüsse der weiblichen Schule: 7 Uhr Sitzung in der Schule, Ende Wiesenstraße (Konferenzraum).
2. Abt. 15 Uhr bei Hohl, Friedrichsborf Str. 23, Sitzung der Abteilungsvorstände und Beiratsmitglieder.
3. Abt. Reinickendorfer-Bez. 7 1/2 Uhr Sitzung des engeren Vorstandes im Volkshaus, Schönhaferstr. 114. — 7 1/2 Uhr Sitzung sämtlicher Reichsamtbeiräte und beurlaubten Genossen, welche in der Wohnungskommission und im Wohnungsausschuss mitarbeiten. — Um 8 1/2 Uhr Sitzung sämtlicher Genossen, welche in der Wohnungskommission und im Reichsausschuss mitarbeiten. — Am Mittwoch, den 16. Mai, fällt die Mitgliederversammlung aus.
4. Jungsozialisten. Gruppe Lichtstr. 7 1/2 Uhr Sozial-Kommunisten an der Normalstr. von dort gemeinsam nach Kaulsdorf. — Gruppe Lichtstr. 7 1/2 Uhr Parteivorstand. Seit 5 der „Jungsozialistischen Arbeiter“ ist da.

Morgen, Mittwoch, den 16. Mai:

1. Charlottenburg. 12. 15. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung der Arbeiter-Kreisgruppe-Alex. M. Sonntag. — 16. 15. Im Alter von 63 Jahren nachher plötzlich unter aller Genosse Peter Fuchs. Schon unter dem Geistesdruck in der vorherigen Reihe, hat er die zur letzten Stunde, vor allem in der Kleinarbeit, dem Sozialismus treu geblieben. Die Einäscherung findet am Mittwoch, 16. Mai, nachmittags 1 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt. Rego Beileidigung wird erwidert.
2. Abt. Lichtstr. 8 Uhr im Lichtstr. Lichtstr. 4 (Oberlichtstr.) Mitgliederversammlung. Die Funktionäre erörtern 1/2 Stunde früher zu einer wichtigen Besprechung. Die Redaktionen und Zeitungen müssen abgerechnet werden.
3. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.
4. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.
5. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.
6. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.
7. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.
8. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.
9. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.
10. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.
11. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.
12. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.
13. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.
14. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.
15. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.
16. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.
17. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.
18. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.
19. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.
20. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29, Mitgliederversammlung. Beschlüsse und Bericht über „Die Vorgänge im Landtag“. Referent: Genosse Feld, R. d. R.

Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 16. Mai:

1. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr in der Kaulsdorf-Schule, Schloßstr. 13-14. Thema: „Die Entwicklung der Frauenarbeit“. Referent: Genosse Peter Fuchs, R. d. R.
2. Abt. Lichtstr. 7 1/2 Uhr bei Hölze, Blumenstr. 29. Thema: „Die Entwicklung der Frauenarbeit“. Referent: Genosse Peter Fuchs, R. d. R.

Jugendveranstaltungen.

Abteilung, Abteilungsleiter! Die Funktionärenkonferenz am Donnerstag, den 17. Mai, findet nicht, wie angegeben, in der Aula der Schule Wilmersdorf, 15-17. Mai, sondern in der Aula der Schule Steinstraße 23-24. Alle Funktionäre müssen erscheinen. Antrittsprüfung des Reichsausschusses, die Ausweise sind bei den Vorständen erhältlich. Ohne Ausweise kein Zutritt.

Wenzel-Berg. Heute abend findet im Gefängnis der Schule Großmühlener Str. 26, der Lehrgangabend des Chors statt. Alle Mitglieder des Chors müssen unbedingt erscheinen. Neben zum Bestrahlungstag.

Der Preussische Landtag beschloß am Montag, nachdem Präsident Leinert des verstorbenen Genossen Waldeck-Ranasse gedacht hatte, die

Verhärterung der Geschäftsordnung.

Der Ausschuß hatte vorgeschlagen: Geschäftsordnungsbemerkungen werden auf fünf Minuten beschränkt. In besonders schweren Fällen, bei wiederholtem Ausschluß, soll künftig die Teilnahme an 20 Sitzungen unterlagert werden. Ferner kann der Präsident Abgeordneten, die trotz Ausschluß in Sitzungen einzudringen versuchen, bis zum letzten Ausschluß den Aufenthalt im Landtaggebäude verjagen. — Ein demokratischer Antrag sieht die Schaffung einer Landtagswache vor.

Genosse Orzelski betonte, die Sozialdemokratie sei gegen eine solche Wache, weil die verhärtete Geschäftsordnung hoffentlich abschreckend auf die Störer der Ordnung wirke und die Wache insgeheim doch eigentlich unbeschäftigt sei. Jeder einzelne Abgeordnete kann sich vor den Folgen schützen. Die Geschäftsordnungsbemerkung steht mit der Verfassung nicht im Widerspruch, das ist unsere einheitliche Auffassung. Ebenso sind wir der Auffassung, daß 15 Ausschlußtage genügen. — Angenommen werden die Ausschlußanträge. Die Erhöhung der Zahl der Ausschlußtage von 15 auf 20 und die Schaffung einer Landtagswache werden gegen die Stimmen unserer Genossen beschloßen. Im Zusammenhang mit der Geschäftsordnungsbemerkung steht die Forderung des Diätengesetzes, die eine Verwirklichung der freien Fahrt und Entziehung der Diäten während der Dauer des Ausschlusses bis zum letzten Ausschlußtag für jeden Kalendertag vorseht. Die von den Regierungsparteien vorgeschlagene Forderung wird angenommen, dazu auch ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Zurücklieferung der Fahrkarte und im Weigerungsfalle auf weitere Diätenentziehung bis zu neun Wochen. Genosse Orzelski wandte sich im Namen der Sozialdemokratie gegen diesen Antrag der Deutschen Volkspartei.

Hierauf setzte das Haus die Beratung des Kultusetats beim Abschnitt „Kunst“ fort.

Abg. Frau Kunert (Soz.):

Der Kunstmarkt, auf dem im kapitalistischen Staat die zur Ware erniedrigte Kunst verhöflet wird, ist auch ein Gradmesser für den Stand unserer sogenannten Kultur. Herr Raiffe, der Reureich, herrscht heute geradezu unumschränkt auf dem Kunstmarkt. Seinen verdorbenen Instinkten wird gefolgt. Der Kunst dominiert. Die Kunst folgt slavisch der Verschwendungslust der neuen Reichen. In Berlin wurde an der Heerstraße 3. B. vor kurzem eine schloßartige Villa gebaut, die offenbar einem großen wohnsitzigen Baroneu gehört. Von dieser Villa wird berichtet, daß sie ein unterirdisches Schwimmbassin, eine Reitbahn, Säulengänge und ähnliche Verzierungen mehr enthält. Diese Exzesse barbarischen Ungeschmacks erregen nicht nur den Spott der Ausländer, sie machen uns dem Ausland gegenüber auch verächtlich. Das Ausland sieht, was in einem Deutschland, das bisher noch nicht verstand, seine besitzenden Klassen halbwegs zur Wiedergutmachung heranzuziehen, an Reichtümern alles möglich ist. Zu gleicher Zeit wird der proletarisierte Mittelstand immer weniger zum Träger der Kultur. So wird die

Kunst eine Domäne für eine dünne Oberschicht, die wahre künstlerische Bedürfnisse nicht kennt.

Demgegenüber hätte der Staat die Pflicht, mehr als bisher der Sehnsucht der arbeitenden Massen nach künstlerischer Erhebung entgegenzukommen. Im ganzen Haushalt für die Kunstverwaltung stehen ganze 400 Millionen Mark zur Verfügung — bei der herrschenden Geldentwertung eine kulturwidrige Sparlosigkeit. Wenn man den davorgelaufenen Hohenzollern Mi-

liarden nachwirft, dann sollte man für die Kunst auch noch ein paar Pfennige übrig haben. Wir sind genötigt, bei den verschiedenen Positionen eine Erhöhung der angelegten Summen zu befürworten. So werden meine politischen Freunde zustimmen, wenn für Zwecke der Landesbühnenorganisation 100 Millionen Mark gefordert werden. Diese Organisation, die im großen Maßstabe die Bevölkerung über das ganze Land mit guter Theaterkunst versorgen will, ist ein Unternehmen, dem wir volle Anerkennung zollen. Dieser Plan ist nur möglich dadurch, daß die Arbeitererschaft nahelebende Volksbühnenorganisation sich in den Dienst dieser großen und schönen Aufgabe gestellt hat. Eine der wichtigsten Aufgaben des Kultusministeriums ist, dieser und ähnlichen Organisationen die stärkste Förderung zuteil werden zu lassen.

In letzter Minute hat uns das Kultusministerium eine Denkschrift über die Musikpflege in Schule und Volk zugehen lassen. Wir sind mit den darin niedergelegten Grundzügen im allgemeinen einverstanden. Viele von den Anregungen werden leider auf lange Zeit hinaus nur Zukunftsmusik bleiben. Durch eine Reform des Musikunterrichts könnte viel für die Erschließung der Quellen des natürlichen Musikempfindens getan werden. Hier könnte vorbeugend viel gegen die Beschränkung der Musik gemacht, die heute von der Kaffeehausmusik und der Biergartenmusik ausgeht.

Genossin Kunert kritisiert dann noch die abcheulichen Zustände, die durch die Schmutzkonzurrenz infolge der Verklammerung der sogenannten Stadtpfeifereien in den Reihen der Musiker geschaffen wurden. Wir verlangen eine öffentlich-rechtliche Einordnung des Musikunterrichtswesens in das allgemeine öffentliche Unterrichtswesen und damit die Unterstellung der Stadtpfeifereien unter die öffentliche Schulaufsicht.

Zur Befreiung der Kunst, die unter den bildenden Künstlern wüthet, verlangte Genossin Kunert eine

stärkere Förderung der Museumsbauten.

Im vorliegenden Etat ist die 16 1/2 Bauroate von 24 Millionen vorgesehen — eine völlig unzureichende Summe. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Arbeiter, die heute bei den Museumsbauten in Berlin beschäftigt sind, bald die große Zahl der Arbeitslosen vermehren werden. Das ist etwas, was vermieden werden muß. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir hätten nichts dagegen, wenn der Bauleitung eine größere Summe als Kredit gewährt würde. Künstlerische, wirtschaftliche und soziale Momente machen die Weiterführung der Museumsbauten dringend notwendig. Im Reichstag steht bei der Beratung des Innenministeriums ein Antrag zur Verhandlung, der für die Weiterführung eines Museumsbaues in München 400 Millionen aus Reichsmitteln gewährt. Was Bayern recht ist, müßte Preußen billig sein.

Es muß mehr für die Förderung der Kunst geschehen — trotz der Not der Zeit, denn die Kunst ist wenigstens uns Sozialisten nicht Luxus, sondern ein lebenswichtiges Element wahrer Volkskultur. (Beifall bei den Soz. und stellenweise auch bei den bürgerlichen Parteien.)

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dr. Schwerina (Ztr.), Wallraf (Dnckl.), Frau Garnich (D. Sp.) und Hoff (Dem.) sprach Genosse Fries ein Wort zugunsten der

Berliner Volksooper.

die zusammen mit der Volksbühne für die Neuerrichtung des Kroll-Theaters manches Gute geleistet habe, in der Frage des Spielrechts aber durch die Haltung der Behörden in eine etwas schwierige Situation geraten sei.

Nachdem noch Genosse Kleinpohn unter Hinweis auf das Verbot des Eintheaters Buches „Die schlimme Volksooper“ sich gegen das Wüten einer engbrüchigen Zensur gewandt hatte, vertagte sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr. — Schluß 5 Uhr.

1. Kreis Mitte. Heute, Dienstag, abend 7 Uhr Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes in der Germania-Halle, Reus-Friedrichstr. 35.
2. Kreis Charlottenburg. Unter Parteigenosse Alfred Witt, Vorsitzenden des 7. Kreises und Sekretär in Charlottenburg, geht heute, am 15. Mai 1923, 26 Jahre unserer Partei an. Dem unermüdbaren Kämpfer wünschen wir, daß er uns noch viele Jahre in gleicher Tätigkeit und Treue erhalten bleiben möge. 7. Kreis, Rettungsausschüsse: Mittwoch, den 16. Mai, 7 1/2 Uhr, Sitzung, Selenstr. 1.
3. Kreis Kurfürstendamm, Marienborf, Mariensiedle, Lichtstr. 16. Mittwoch, den 16. Mai, 7 1/2 Uhr, Sitzung des Bildungsausschusses aller vier Teile im Zimmer 26 Rathaus Marienborf.
4. Kreis Tiergarten. Donnerstag, den 17. Mai, 7 1/2 Uhr, Kreismitgliederversammlung in den Arminius-Hallen, Bremer Str. 13. Tagesordnung: „Die Vorgänge im Landtag“. Berichterstatter: Abg. Reiser, R. d. R. Die Besprechung führt Leben ein. 7. Kreis. Heute, Dienstag, abend 7 1/2 Uhr Sitzung des engeren Kreisvorstandes der Krüger, Döllstr. 10.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

1. Sozialdemokratischer Männerchor Friedrichsborf. Das für Dienstag angelegte Gründungs 1881 aus. Die übrigen Bestimmungungen für die laufende Woche bleiben bestehen.
2. Verein heimatsortlicher Beschäftigten Berlin-Süd. 4. B. Am Donnerstag, den 17. Mai, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Klubhaus, Döllstr. 2. Gäste willkommen.
3. Gewerkschaft proletarischer Freiberufler Berlin. Proletarische Freiberufler-Schule. Sitzung Genosse Dr. Reiche. Heute, Dienstag, den 15. Mai, abends 7 1/2 Uhr, Schule Riesenmühlstr. 12. Neuere Vorkämpfer über die Berufserhebung. — 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 17. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Kochstr. 4. Thema: „Freiberufertum und Sittlichkeit“. Gäste willkommen.

Sport.

1. Rennen zu Hoppegarten am Montag, den 14. Mai.
 1. Rennen. 1. Soldaten (R. Schmidt), 2. Kose (Krüger), 3. Goldferrn (Grabig). Toto: 47 : 10, Platz: 14, 15, 14 : 10. Ferner liefen: Riese, Magister, Knecht, Palma.
 2. Rennen. 1. Bettalin (G. Schmidt), 1. Velibe (Dach), 3. Abenteuer (Zimmermann). Toto: 7 : 10 (Bettalin), 44 : 10 (Velibe), Platz: 11, 17 : 10. Ferner lief: Glaubwürdig.
 3. Rennen. 1. Portala (Janke), 2. Gardas Breit (Grabig), 3. Dachs (Leidi). Toto: 45 : 10, Platz: 29, 51 : 10. Ferner liefen: Germania, Wallfisch, Dack.
 4. Rennen. 1. Hausfreund (Kasper), 2. König Wildas (G. Schmidt), 3. Haffelbinder (Lejmit). Toto: 43 : 10, Platz: 19, 12 : 10. Ferner lief: Bollram III.
 5. Rennen. 1. Kardinal (Rudwig), 2. Rajawara (D. Schmidt), 3. Bekantung (Korn). Toto: 400 : 10, Platz: 36, 13, 20 : 10. Ferner liefen: Kamera, Gohls, Kaiser, Kalkin.

6. Rennen. 1. Angelus (Rudwig), 2. Japh (Bregge), 3. Miltira (Sendreit). Toto: 43 : 10, Platz: 17, 15, 13 : 10. Ferner liefen: Rump, Rinde hoch, Alcala, Silberritter, Dine, Schindler, Soloppe, Hegeve.
7. Rennen. 1. Kammerjäger (Rudwig), 2. Blenden (Heidi), 3. Duhrle (Lehmann). Toto: 67 : 10, Platz: 27, 14, 41 : 10. Ferner liefen: Kitzingeld, Scham Tisch, Anjutsa, Feing, Wilmersborf, Barbarossa, Sigerl.

Weiter bis Mittwoch mittag. Etwas wärmer, stellenweise heiter, aber veränderlich bei mäßigen westlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.



Achten Sie bitte auf diese Saummarke

Continental-Regenmäntel für Damen, Herren, Kinder. In einschlägigen Geschäften erhältlich.

Continental Regenmäntel

So gut wie Continental-Reifen!

Hühneraugen beseitigt sicher das Radikalmittel

Lebewohl

Hornhaut an d. Fußsohle verschwindet durch **Lebewohl-Ballen-Scheiben**.

In Droz. u. Apoth. Man verl. ausdrückl. „Lebewohl“

Schokoladen Bonbons, Pralinen. Rats in großer Auswahl zu günstigen Preisen. Lagerbestand reichend. Auf Wunsch Spezialbestell. Gefälligst 4-5.

Spittler & Co. Urbanstr. 66. Tel. 7190.

Blut Reinigung, Ausfärbung frischer Stoffe. „SALTAR“ die wirksamste Art. In Drogerien u. Apoth. feinst bei

Otto Reichel, Berlin 43 50, Eisenbahnstr. 4

Travemünde

Das moderne Seebad

25 Minuten von Lübeck
1 1/2 Stunden von Hamburg
4 1/2 Stunden von Berlin

Vorzügliche Badeeinrichtungen / Beste Wohnverhältnisse / Hervorrag. Sportveranstaltungen
Pferderennen, Fahr- und Reiterturniere, Segelregatten, Tennisturniere u. dergl.
Führer und Näheres durch die Kurverwaltung

Dr. R. Friedberg (früher-erster) praktiziert wieder **Bad Kudowa**.

Marken- und andere **Zigaretten** bei **Ad. Nagel** Hermannplatz 6, Moritz 5227.

Weiche mit **Henko** die Wäsche ein!

„Henko“ Henkel's Wasch- und Bleich-Soda, zum Einweichen der Wäsche und für den Hausputz.

Mittels des Herstellens Henkel & Co., Düsseldorf

